

Bilanz gezogen

## Die Sektorenkonferenzen haben getagt



Foto: Pitt Becker

Die Konferenzen der 3 Sektoren, öffentlicher Dienst, Pensionierte und Eisenbahnen haben in der ersten Junihälfte Bilanz der politischen und gewerkschaftlichen Arbeit gezogen. In den von den Konferenzen verabschiedeten Motionen und Resolutionen wenden sich die Delegierten vehement gegen weitere Liberalisierungsschritte, Sozialabbau und Ausgrenzung.

### Editorial

GUY GREIVELDING

## Schienengüterverkehr in Europa!



Der Schienengüterverkehr schwächelt in ganz Europa, dies auch durch die noch immer nicht ganz überstandene Wirtschaftskrise. 2003 wurde die Liberalisierung des Güterverkehrs auf der Schiene beschlossen, 2007 wurde sie umgesetzt.

Keine Tonne Güter mehr wurden mit der Bahn gefahren. Die sich mit der Marktöffnung erwarteten Zuwächse blieben

aus. Die „Flexibilität“ des Lastwagens und vor allem die niedrigeren Frachtpreise halten den Güterverkehr vornehmlich auf der Straße. Die Kosten dieser Flexibilität und auch der Preise tragen die Berufsfahrer. Schlechte Arbeitsbedingungen und Bezahlung sind der Lohn für ihre Flexibilität. Niedrigere Frachtpreise aber auch dadurch, dass die Straße nicht für die externen Kosten aufzukommen braucht. Wir wissen wie viele externe Kosten die Straße bewegt durch Unfälle, durch Staus, durch Umweltbelastung. Tatsachen die der Bahn schwer zu schaffen machen.

Über den Weg des Sozialdumpings, der von der Straße vorgelebt wird, versuchen nun die Bahnen in diesem Preiskrieg mitzuhalten. Sie sehen ihre Chance in der Liberalisierung. Für uns Gewerkschaften, welche die Beschäftigten zu vertreten haben, natürlich nicht akzeptabel.

Neue polyvalente Berufe wurden geschaffen, die auch einen Rückgang der Beschäftigung verursachten. Lohn- und Sozialbedingungen wurden verschlechtert.

### Nachhaltiger Schienengüterverkehr

Im Interesse einer gesamten nachhaltigen Entwicklung und auch im Interesse des Erhalts und des Ausbaus von Arbeitsplätzen unterstützt die ETF alle Politik, Initiativen und Ansätze, die eine positive Entwicklung des Güterverkehrs auf der Schiene fördern, aber vorausgesetzt, dass sie das Soziale nicht zerstören.

Und eine wichtige Aufgabe der Politik ist es halt die Wettbewerbsnachteile, welche die Schiene gegenüber der Straße hat, aus dem Wege zu räumen. Natürlich auch das nicht auf dem Buckel der Beschäftigten.

Wir wissen auch, dass der Bahnverkehr seine Gegner in Sachen Lärm hat. Dem muss Abhilfe geschaffen werden. Lärmschutzwände, Flüsterbremsen, miteinander verschweißte Schienen, Stoßdämpfer für die Gleise müssen zur Regel werden. So begrüßen wir auch die in die Wege geleiteten Lärmschutzmaßnahmen der CFL. Auch müssten staatliche Zuschüsse für die akustische Isolierung von Häusern, die direkt an der Bahn liegen, möglich sein.

Den Güterverkehrskorridoren wird eine wichtige Rolle in der EU-Eisenbahnpolitik eingeräumt. Wir hoffen, dass diese Korridore neuen Güterverkehr anziehen. Natürlich müssen wir aufpassen, dass diese, die grenzüberschreitend organisiert sind, keinen Sozialdumping produzieren, Arbeitsplatzabbau und eine Verschlechterung der Sozialbedingungen mit sich bringen.

Ein von der ETF beantragtes Projekt „Working on rail freight corridors“ soll dieses Thema beleuchten. Gewerkschaftliche Netzwerke zur Wahrung des Arbeitnehmerschutzes müssen eingerichtet werden.

### Die Herausforderungen

Die Politik des Güterverkehrs auf der Schiene kann natürlich nicht alleine auf Langzugverkehre auf den Korridoren ausgerichtet sein. Auch der traditionelle

Güterverkehr auf weniger langen Strecken muss seinen Platz in der Organisation haben.

Das multimodale Modell gehört gefordert. Mit Gesamtangeboten (von Haus zu Haus) muss bei der Wirtschaft geworben werden. Das Anbieten von Gesamtlogistikpaketen muss zur Regel werden. Der Einzelwagenverkehr darf nicht vernachlässigt werden.

Es muss weiter an der Heraufsetzung der kommerziellen Geschwindigkeit gearbeitet werden. Die Überarbeitung der Technik der Güterwagen muss ein kontinuierlicher Prozess sein und dieselben müssen so konzipiert werden, dass sie auch sensiblere Waren transportieren können.

Und natürlich soll permanent in die Schieneninfrastruktur investiert werden, auch in Multimodalplattformen. Für den grenzüberschreitenden Verkehr hindernde technische Hürden müssen beseitigt werden.

Ein ebenfalls wichtiger Faktor ist die Ausarbeitung von Masterplänen zur Ansiedlung von Werken und Industriezonen mit Bahnanschluss in direkter Nähe des Schienenstrangs. Direkte Zugänge zu Binnen- und Seehäfen sind wichtig.

Die Trennung von Netz und Betrieb, so wie für das 4. Eisenbahnpaket angesagt, das Ende dieses Jahres von der EU-Kommission vorgestellt werden soll, wird sicher kein nützlicher Faktor zur intensiven Entwicklung des Güterverkehrs auf der Schiene sein.

In der Organisation des Güterverkehrs darf die wichtige Rolle des Personals nicht vergessen werden. Genügend gut aus- und weitergebildetes, motiviertes und engagiertes Personal wird gebraucht. Anständige Löhne, beste Arbeits- und Sozialbedingungen, abgesicherte Arbeitsplätze sind die Motivation.

Alle aufgeführten Faktoren dürften ausschlaggebend sein für eine bessere Zukunft des Schienengüterverkehrs. Die Politik und die Unternehmen sind gefordert.



6 Fragen an den Sozialminister

# Der Referenzarzt kommt am 1. Juli 2012!



Eine Reform, kein Reförmchen: die Neuerungen treten ab dem 1. Juli in Kraft

Foto: Pitt Becker

Eine wichtige Neuerung im Rahmen der Gesundheitsreform wird am kommenden ersten Juli in Kraft treten. Damit wird ein langer Streit zwischen den Sozialpartnern beendet. Grund genug ein Interview mit dem zuständigen Sozialminister Mars di Bartolomeo zum Thema führen.

**Le Signal:** Zur Erinnerung, welches sind die Grundprinzipien dieser Gesundheitsreform?

**Mars di Bartolomeo:** Die Gesundheitsreform so wie sie jetzt umgesetzt wird, und die Schaffung eines Referenzarztes ist das Kernstück der Reform, eine Gesamtreform die an mehreren Punkten ansetzt. Zum ersten waren es die Finanzen, die wieder ins Gleichgewicht gebracht werden mussten. Es gab eine Phase in der die Gesundheitskasse konkrete Finanzierungsprobleme kannte. Die Konten wieder ins Gleichgewicht zu bringen, hatte erste Priorität. Es sollte eine Gesamtreform werden, kein Reförmchen. Eine Reform, die tiefgreifend ist ohne aber die Grundprinzipien der Gesundheitsversorgung in Frage zu stellen. Die da sind: Beibehaltung der paritätischen, solidarischen Finanzierung. Das starke Engagement des Staates musste erhalten werden. Der Zuschuss des Staates beträgt übrigens 40% der Gesamtkosten. Das System konsolidieren, besser steuerbar machen, ohne die Grundprinzipien zu verletzen. Auch in Zukunft wird der freie Zugang für alle zu bestmöglicher medizinischer Versorgung gewährleistet bleiben. Eine leichte Beitragserhöhung konnte leider nicht vermieden werden. Im Gegenzug gab es dafür solide Leistungsverbesserungen. Auf der anderen Seite wurde eine Reihe von Prioritäten in die Umsetzung der

Gesundheitsreform eingeschrieben. Zum Beispiel: mehr Transparenz, die Schaffung von Kompetenzzentren, die Einführung eines „tiers payant social“ sowie die Substitution vieler Medikamente durch Generika. Eine solche Substitutionsliste muss aber noch definiert werden. Und das wiederum wird wohl nicht so einfach werden.

**Le Signal:** Was versprechen Sie sich von der Schaffung eines Referenzarztes und welche Aufgaben soll dieser übernehmen?

**Mars di Bartolomeo:** Die Einführung eines Referenzarztes ist ein Schlüsselement dieser Reform. Und das aus zwei Gründen. Zum ersten: der Referenzarzt der auch Hausarzt oder Vertrauensarzt ist, trägt das Ganze. Die Rolle des Hausarztes als Referenzarzt soll revalorisiert werden. Und der Stellenwert desselben verbessert werden. Zum zweiten: der Referenzarzt ist zugleich Begleiter und Partner. Er wird die globale Übersicht über die Krankenakte des jeweiligen Patienten haben. Es wird eine freiwillige Partnerschaft sein. Die Prioritäten werden auf Gesundheitserhaltung, unter anderem auch durch Prävention, liegen. Außerdem werden in einer Form von Vertrag, die Rechte und Pflichten der Partner (Referenzarzt und Patient), festgehalten.

**Le Signal:** Glauben Sie, dass die Einführung eines Referenzarztes sich positiv auf die Kostenentwicklung der Gesundheitskasse auswirken wird?

**Mars di Bartolomeo:** Die Priorität liegt ganz klar nicht bei der Kostenentwicklung. Die Priorität liegt bei der genannten Begleitung des Patienten. Das Hauptziel ist und bleibt die Partnerschaft zwischen Referenzarzt und Patient. Der Referenz- oder Vertrauensarzt wird

den Patienten in einem immer komplexer werdenden System begleiten. Das ist es, worauf es ankommt. Die Prävention und die Gesundheitserhaltung stehen im Vordergrund. Sollte sich dies positiv auf die Kostenentwicklung der Gesundheitskasse auswirken, so wäre das sicherlich keine schlechte Sache.

**Le Signal:** Wie soll mit der Patientenakte, die im Hinblick auf eine elektronische Patientenakte geschaffen werden soll, umgegangen werden?

**Mars di Bartolomeo:** Kurz zur Patientenakte als solche. Sie soll relativ kurzfristig Realität werden. Sie wird vom Referenzarzt erstellt und permanent aktualisiert. In diese Patientenakte, vorerst in Papierform geplant, werden alle von anderen Allgemeinmedizinerinnen oder Fachärzten erstellten Diagnosen, Therapien und Laboranalysen, eingetragen. Dadurch sollen auch die kostentreibenden Mehrfachanalysen vermieden werden. Die elektronische Patientenakte ist im Aufbau. Da hier vertrauliche Informationen auf zentralen Servern gespeichert werden, ist selbstverständlich die Datenschutzkommission von Beginn an in die Arbeiten eingebunden. Ziel der „e-santé“ genannten elektronischen Patientenakte ist die optimale Betreuung der Patienten unter Berücksichtigung des Datenschutzes. Unbefugtes Zugreifen auf vertrauliche Informationen wird praktisch unmöglich. In der elektronischen Patientenakte sollen neben Therapien, Diagnosen und Analysen auch die Ergebnisse von allen bekannten bildgebenden Verfahren in der Medizin gespeichert werden. Sollte sich ein Patient dazu entschließen, den Referenz- oder Vertrauensarzt zu wechseln, wird ihm die Patientenakte heute in Papierform ausge-

händigt um sie einem anderen Vertrauensarzt zur Verfügung zu stellen. Im Zeitalter der elektronischen Patientenakte, soll der jeweilige Zugangscode, natürlich immer unter Berücksichtigung des Datenschutzes, weitergereicht werden.

**Le Signal:** Sie legen sehr viel Wert auf die Vorsorgemedizin. Schafft es der Referenzarzt, neben den normalen Untersuchungen, sich zusätzlich der Vorsorgemedizin zu widmen?

**Mars di Bartolomeo:** Vorsorgemedizin ist Teil der Arbeit des Referenzarztes. Gesundheitserhaltung, Gesundheitsförderung und Prävention: alles gehört zusammen. Das alles ist auch heute schon zentraler Bestandteil der Arbeit des klassischen Hausarztes. Und erfahrungsgemäß ist dieser ganz nah am Patienten. Damit wären schon zwei wichtige Bedingungen erfüllt. Bei chronisch kranken und schwerkranken Patienten kommt seine Rolle ganz klar zum Tragen.

Mit der „fiche prévention“ die allerdings erst ab 2014 kommt, wird das Dossier Vorsorgemedizin abgerundet.

**Le Signal:** Aus EHL ist FHL (Fédération des Hôpitaux Luxembourgeois) geworden. Was wird sich ändern?

**Mars di Bartolomeo:** Im Interesse aller Beteiligten wünsche ich mir, dass es zu einer Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Spitälern kommt und sich positive Impulse aus dieser Neubenennung ergeben.

**Le Signal:** Herr Minister wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Das Interview führte Jean-Claude Thümmel

## Réckbléck

- Vom 29. Mai 2012 bis zum 21. Juni 2012 weilte der österreichische Eisenbahn- und Gewerkschaftskollege Martin Lengauer, im Rahmen seines Studiums an der Sozialakademie Österreichs und auf Einladung des FNCTTFEL-Landesverbandes, zu einem vierwöchigen Auslandspraktikum in Luxemburg.
- Eine Delegation des FNCTTFEL-Landesverbandes besuchte am 5. Juni 2012 die CFL-Dienststellen im neuen Verwaltungstrakt des Gebäudes „Les Rotondes“ in Luxemburg-Bonneweg. Die Delegierten konnten sich von den nagelneuen Büroräumen und der guten Unterbringung des Personals überzeugen.
- Die Verbandsleitung tagte am 5. und am 15. Juni 2012.
- Am 6. Juni 2012 hatten die CFL, wie jedes Jahr, ihren Sicherheitstag abgehalten. Neben anderen vertraten die Kameraden/in Guy Greivelding, Jean-Claude Thümmel, Michèle Diederich und Georges Merenz den FNCTTFEL-Landesverband.
- Der Verbandsrat versammelte sich am 6. Juni 2012. Auf der Tagesordnung standen u.a. die Reorganisation der Verbandsleitung, die Geschäftsbilanz 2011 des FNCTTFEL-Landesverbandes und die Geschäftsbilanz 2011 der „Mutuelle FNCTTFEL-Landesverband“.
- Eine Delegation des FNCTTFEL-Landesverbandes besuchte am 7. Juni 2012 die neue Klasse von Fahrdienstleiteranwärter/innen im „Centre de Formation“ der CFL. Die neuen „Stagiaires“ wurden am 15. Juni 2012 in der Mittagstunde zu einem Buffet ins Casino nach Luxemburg-Bonneweg eingeladen.
- Kamerad/in Michèle Diederich und Carlo Thissen vertraten den FNCTTFEL-Landesverband auf dem, von den CFL und dem „Institut Emile Metz“ in Luxemburg-Dommeldingen organisierten, internationalen Tag der Sicherheit an Bahnübergängen.
- Am Abend des 8. Juni 2012 hatte der Sektor Öffentlicher Dienst zu seiner, alle zwei Jahre stattfindenden, Sektorenkonferenz eingeladen. Bei dieser Gelegenheit trat Kamerad Justin Turpel als Sektorenpräsident zurück und als sein Nachfolger wurde Kamerad Yannick Jacques gewählt.
- Die AS-CFL hatte am 8. Juni 2012 ihr jährliches Eisenbahnerfußballchampionnat organisiert. Kamerad Carlo Thissen vertrat den FNCTTFEL-Landesverband bei diesem Ereignis.
- Der Sektor Pensionierte organisierte am 13. Juni 2012 seine Sektorenkonferenz. Der Arbeitsminister Nicolas Schmit war als Gastredner eingeladen.
- Der 16. Juni 2012 war der Auftakt der Konferenz des Sektors Eisenbahnen. Da Kamerad Jean-Claude Thümmel im Rahmen der zukünftigen Reorganisation der Verbandsleitung als Sektorenpräsident zurücktrat, wurde Kamerad Alphonse Classen als neuer Präsident und Kamerad John Rossi als neuer Vizepräsident des Sektors gewählt. Die Konferenz hat auch den Kameraden Fränk Gilbertz als Kandidaten für den Posten des zukünftigen Zentralsekretärs des Sektors vorgeschlagen.
- Die CFL-Gruppe hielt am 18. Juni 2012 ihre jährliche Generalversammlung ab. Die Kameraden Guy Greivelding, Jean-Marie Thoma und Carlo Thissen vertraten den FNCTTFEL-Landesverband.
- Die CGT-L A.s.b.l. hatte am Abend des 18. Juni 2012 zu einer Konferenz zum Thema „Finanz-, Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise: eine Aufgabe für die Gewerkschaften Europas?“ eingeladen. Gastredner war Herr Dr. Heinz Bierbaum, Professor für Betriebswirtschaft aus Deutschland.

Carlo Thissen



40. Konferenz des Sektors Eisenbahnen des FNCTTFEL-Landesverbandes

# Neues Präsidium kämpft gegen Liberalisierung



Das Konferenzbüro unter Leitung seines Präsidenten René Birgen

Foto: Pitt Becker

Alphonse Classen löste am 16. Juni den Präsidenten des Sektors Eisenbahnen, Jean-Claude Thümmel, ab. Vizepräsident wird John Rossi, während Frank Gilbertz als neuer Zentralsekretär des Sektors Eisenbahnen vorgeschlagen wird.

Doch das Wahlgeschäft war nur ein Aspekt der Konferenz des Sektors Eisenbahnen. Den ganzen Morgen über beschäftigten sich die Gewerkschafter mit Anträgen zu ihren Arbeitsbedingungen, die sie in einer Antragsbilanz festhielten: ein Arbeitsdokument, das sicherlich bei kommenden Unterredungen und Verhandlungen mit

den verschiedenen Ansprechpartnern auf Direktionsebene nützlich sein wird.

Dieser Aspekt der Konferenz war eher technisch, wenngleich wohl nützlich für die Betroffenen. Politischer wurde es dann in den verschiedenen Resolutionen, die von den Delegierten nach Diskussion verabschiedet wurden.

## Verheerende Konsequenzen

In ihrer Hauptresolution stellt die Konferenz fest, dass vier Jahre Krise verheerende Konsequenzen in ganz Europa nach sich gezogen hätten. Alle Regierungen würden sie dazu nutzen, um massiven Sozialabbau zu betreiben und funda-

mentale demokratische und soziale Rechte der Menschen zu untergraben. Ein Beispiel hierfür sei die Kontrolle der Haushalte durch die EU-Kommission.

Die Luxemburger Regierung benutze die Krise zum Sozialabbau. Mit Unterstützung eines Großteils der Opposition spiele sie verschiedene soziale Klassen gegeneinander aus. Die Umverteilung des Reichtums von unten nach oben mache die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher und fördere die Tendenz einer leider oft nach rechts gerichteten Radikalisierung der Bevölkerung.

Die Konferenz begrüßt weiter die Bestrebungen der CFL, bis zum

Jahr 2020 konsequent Neueinstellungen vorzunehmen, um die pensionsberechtigten Eisenbahner zu ersetzen; dies sei ein wichtiger Beitrag zur Entspannung der Lage am einheimischen Arbeitsmarkt. Wehren tut die Konferenz sich aber gegen die Verschlechterungen, wie sie in der Reform des Staatsbeamtenstatuts vorgesehen sind. Das Gehälterabkommen vom 15. Juli 2011 soll so schnell wie möglich umgesetzt werden.

Die im FNCTTFEL-Landesverband organisierten Eisenbahner bedauern ebenfalls die Schließung von Fahrkartenschaltern bei der CFL und fordern außerdem eine Evaluierung der Maßnahmen gegen Aggressionen auf Schiene und Straße

sowie eine verstärkte Präventionsarbeit.

## Spezialregime wieder einführen

Im Rahmen der geplanten Pensionsreform sollen die Spezialregime für Lokführer, Busfahrer und Rangierer wieder eingeführt werden. Darüber hinaus will der Landesverband eine breit angelegte Kampagne für Arbeitszeitverkürzung starten.

Eine zweite Resolution richtet sich gegen die Liberalisierung auf EU-Ebene. Das vierte Eisenbahnpaket, das die organische Trennung von Betrieb und Infrastruktur begreift, würde gerade für die kleinen integrierten Bahnen, wie die CFL, zur Überlebensfrage.

Der Präsident des Landesverbandes, Guy Greivelding, referierte zu aktuellen politischen Themen und rief zur Solidarität aller Gewerkschaften gegen die aktuelle Austeritätspolitik auf.

Eingehend beschäftigte sich der Präsident mit den Aggressionen im öffentlichen Transport. Trotz allen gemachten Anstrengungen nehmen diese nicht ab. Die Hemmschwelle fiel weiter. Er lobte die gute Zusammenarbeit zwischen Polizei und CFL, die so weitergeführt werden soll. Der Polizei vorzuschreiben, wie sie sich aufzustellen hat, um mit der CFL zu kooperieren kann nicht die Rolle der Gewerkschaften sein. Der Landesverband fordert die europäische Zertifizierung der Sicherheitsleute bei den Bahnen. Ein einheitliches Berufsbild soll geschaffen, die Aus- und Weiterbildung europäisch gleichgeschaltet und auch die Ausstattung und die Aufgaben europäisch definiert werden.

Robert Schneider, Tageblatt

## Kommentar

# OIT-Konvention 151 ist klar

## Berechtigt?



Die Lehrgewerkschaften stehen derzeit vor dem Schlichtungsausschuss, wo sie das Abkommen von Regierung und CGFP zur Reform von Gehältern und Statut im öffentlichen Dienst anfechten.

Dabei behauptet die Regierung, dass APESS und SEW/OGBL überhaupt nicht das Recht hätten die allgemeinen Prinzipien dieser Reform in Frage zu stellen und neu zu verhandeln. Den Gewerkschaften des Schulsektors wird zwar eine „sektorielle Repräsentativität“ zuerkannt, doch ein Streikrecht in Bezug auf die Prinzipien der Gehälterreform hätten sie nicht. Das Recht über die Grundprinzipien der Reform der Gehälter und des Statuts im öffentli-

chen Dienst zu verhandeln stehe laut Gesetz einzig und allein der CGFP zu, die ihrerseits die Regierungsthesen auch schleunigst bestätigte.

Nur wenn eine sektorielle Gewerkschaft sich nicht mit ihrem Ressortminister über die Umsetzung der Reform einigen könne, bestehe Streikrecht, heißt es. Vor Verhandlungen über die sektorielle Umsetzung müssten zuerst die Grundprinzipien der Reform anerkannt werden. Dies zu tun weigern sich APESS und SEW, genauso wie übrigens der Landesverband bei der Bahn und im Gemeindesektor.

Regierung und CGFP untermauern ihre These damit, dies sei gesetzlich so vorgeschrieben. Im genauen Wortlaut der Stellungnahme der Regierung liest es sich wie folgt: „... ces syndicats s'obstinent à vouloir renégocier un accord général de la Fonction publique avec les ministres de la Fonction publique, faculté que la loi actuelle ne prévoit pas, alors que seule la CGFP a une représentativité nationale.“

## Erpressung, Willkür oder Gesetz?

Die Lehrgewerkschaften wittern zu Recht eine Falle: um überhaupt verhandeln zu dürfen sollen sie allgemeine Prinzipien, die sie ablehnen, dennoch anerkennen! Da sie sich aber nicht erpressen lassen wollen, haben sie sich Bedenkzeit erbeten und diese auch vom Präsidenten der

Schlichtungskommission erhalten; die nächste Sitzung der Schlichtungskommission wurde vom 26. Juni auf den 26. September verschoben. Der Regierung gefällt das nicht. Sie möchte die Reform so schnell wie möglich unter Dach und Fach haben. Doch hinter der Diskussion über Streikrecht und Zeitschiene versteckt sich vor allem die Frage, wer im Sektor des Luxemburger öffentlichen Dienstes verhandeln darf. Gewährt das Gesetz tatsächlich allein der CGFP das Recht allgemeine Prinzipien für alle Sektoren (Schulen, Eisenbahn, Gemeindebeamten, Arbeiter, ...) zu verhandeln?

Zieht man die internationalen Konventionen, die in diesem Bereich bestehen und vom Luxemburger Parlament ratifiziert wurden, zu Hilfe, so hält die Interpretation der Regierung (und der CGFP) diesen nicht stand.

In der Konvention der Internationalen Arbeitsorganisation (OIT) Nr. 151 „über die Arbeitsbeziehungen innerhalb des öffentlichen Dienstes“, die am 30. November 2000 von der Abgeordnetenkammer gutgeheißen und durch Gesetz vom 22. Dezember 2000 Gesetzeskraft erhalten hat, ist klar verankert, wer im öffentlichen Dienst über die Arbeits- und Gehaltsbedingungen des Personals verhandeln darf. Darin wird allen Gewerkschaften das Recht auf freie Verhandlungen mit dem Arbeitgeber als ein Eckpfeiler gewerkschaftlicher Freiheiten anerkannt. Und es wird unterstrichen,

dass dieses Recht keineswegs von den öffentlichen Autoritäten, auch nicht vom Gesetzgeber, in Frage gestellt werden darf.

Als gewerkschaftlich repräsentativ gilt dabei jede eigenständige Organisation, die sich in ihrem Programm und ihren Aktivitäten der Verteidigung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen des gesamten oder eines Teils des Personals im öffentlichen Dienst annimmt.

Wichtig ist dabei vor allem die Frage, wie in dieser Konvention der öffentliche Dienst definiert wird. Und auch hier ist die Konvention ganz klar: Dieser umfasst einerseits die „öffentliche Funktion“, das sind die staatlichen Verwaltungen, die territoriale öffentliche Funktion, die Verwaltungen auf regionaler und lokaler Ebene (also auch die Gemeindeverwaltungen), und andererseits die öffentlichen Betriebe, bei denen das ganze Kapital oder ein Teil des Kapitals dem Staat oder den Gemeinden gehört. Damit ist unmissverständlich festgelegt, dass in Luxemburg sowohl der Staat, als auch die Gemeinden, die Eisenbahn und alle parastaatlichen Betriebe zum öffentlichen Dienst gehören, so wie er in der OIT-Konvention definiert wird.

Justin Turpel

Andererseits ist klar, dass alle in diesem Bereich tätigen Gewerkschaften ein Verhandlungsrecht mit ihrem Arbeitgeber über die Arbeits- und Gehaltsbedingungen des Personals haben.

Und genau dieses Recht will die Regierung allen im öffentlichen Dienst vertretenen Gewerkschaften, außer der CGFP, mit einem Taschenspielertrick abstreifen, indem sie zwischen prinzipiellen, den gesamten öffentlichen Dienst betreffenden Fragen, über die nur mit der CGFP verhandelt wird, und sektoriellen Anliegen, zur Umsetzung der allgemeinen Prinzipien in den einzelnen Bereichen, unterscheidet. Und genau diesen Unterschied gibt es nicht in der OIT-Konvention. Im Gegenteil: die Konvention schreibt fest, dass kein Staat, keine Regierung die Gewerkschaften ihres Rechtes auf Verhandlungen über alles, was die soziale und wirtschaftliche Situation des Personals im öffentlichen Dienst betrifft, berauben darf. Und genau das tut die Luxemburger Regierung, und verstößt damit eindeutig gegen besagte Konvention, die durch ihre Annahme im Luxemburger Parlament auch in Luxemburger Recht eingegangen ist.

Bringen wir die Regierung dazu, sich an dieses internationale und nationale Recht in Bezug auf gewerkschaftliche Freiheiten zu halten!



Resolution

# 40. Konferenz des Sektors Eisenbahnen



Das Konferenzbüro unter der Leitung von René Birgen

Foto: Pitt Becker

Nach eingehender Analyse stellt die 40. Konferenz des Sektors Eisenbahnen fest, dass 4 Jahre Krise verheerende Konsequenzen in ganz Europa haben. Diese Krise wird von allen bestehenden Regierungen benutzt um massiv Sozialabbau zu betreiben und fundamentale demokratische und soziale Rechte der Menschen in ganz Europa zu untergraben.

Griechenland und Italien sind Beispiele dafür: vom Volk gewählte Politiker werden einfach durch Technokraten ersetzt, die vorher genau bei jenen Banken beschäftigt waren, welche einen großen Anteil an der andauernden Krise zu verantworten haben. Das zweite Beispiel ist die Kontrolle der staatlichen Budgets sämtlicher EU-Regierungen durch die EU-Kommission.

In Luxemburg benutzt die bestehende CSV/LSAP-Regierung in seltener Eintracht mit einem Großteil der Opposition, die Krise dazu um Sozialabbau zu betreiben. Sie spielt verschiedene soziale Klassen gegeneinander aus und übt sich in Angstmacherei um die Zehnerklasse der Krise auf die arbeitende Klasse zu schieben. Die Umvertei-

lung des Reichtums von unten nach oben macht die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher und fördert zudem die Tendenz einer leider oft nach rechts gerichteten Radikalisierung der Bevölkerung.

Indexklau, eine Pensionsreform, die unweigerlich Pensionskürzungen mit sich bringt und den nachkommenden Generationen den Weg zu Arbeitsplätzen verschließt, sowie eine Reform des öffentlichen Dienstes sollen dazu dienen, den Staat schlanker und fit für Privatisierungen zu machen.

Andauernde Nullrunden für die öffentlich Bediensteten werden verheerende Folgen für die Kollektivvertragsverhandlungen im Privatsektor haben. Diese Regierung ist einer der Musterschüler der EU und deren Forderungen im Euro-Plus-Pakt.

Die Konferenz bemängelt und ist entrüstet, dass nur noch ganz wenige Volksvertreter sich mit den Warnungen, Bemühungen und Kritiken der Gewerkschaften identifizieren. Die Konferenz fordert aus eben diesem Grund, eng mit der Gewerkschaftsbewegung verbundene oder durch sie bekannte gewordene Volksvertreter auf, endlich wieder für das einzustehen wofür sie auch gewählt wurden:

die Verteidigung der Interessen der Arbeitnehmer.

Außerdem stellt die Konferenz fest, dass die Patronatsvertretungen immer ungenierter und hemmungsloser dazu drängen, die über Jahrzehnte erkämpften sozialen Errungenschaften mit einem Federstrich zu vernichten und gute Arbeitsplätze, wie sie bei Staat, Gemeinden oder bei der Bahn vorzufinden sind, abzubauen.

Die Konferenz fordert daher alle Gewerkschaften auf, auch in Zukunft gemeinsam alles zu unternehmen, um auf nationalem, europäischem und internationalem Plan den Bestrebungen des Sozialabbaus gemeinsam entgegen zu treten und diese zu bekämpfen. Gemeinsam mit gleichgesinnten Parteien und Bewegungen, ist es möglich, ein Europa aufzubauen, in dem der Mensch und nicht der Profit im Mittelpunkt steht. Ansonsten droht dieses Europa an seinen inhärenten Widersprüchen zu ersticken.

Die Konferenz begrüßt die Bestrebungen der CFL, bis zum Jahre 2020 konsequent Neueinstellungen vorzunehmen, um die pensionsberechtigten Eisenbahnerinnen und Eisenbahner zu ersetzen. Damit leistet die CFL als öffentlicher Arbeitgeber auch einen wichtigen

Beitrag zur Entlastung der angespannten Lage am Arbeitsmarkt.

Die Konferenz wehrt sich gegen die geplanten Verschlechterungen, wie sie in der Reform des Staatsbeamtenstatuts vorgesehen sind, und fordert die zeitnahe und integrale Umsetzung des Gehälterabkommens vom 15. Juli 2011.

Die Konferenz bedauert die Schließung von Fahrkartenschaltern bei der CFL und vertritt die Meinung, dass das Fahrgastkonzept der nationalen Eisenbahngesellschaft wohl einige interessante positive Ansätze beinhaltet, diese aber die negativen Konsequenzen des Konzepts niemals aufwiegen können. Humanpräsenz bleibt das A und O von Qualität und Sicherheit.

Automaten und Kameras können und dürfen kein Ersatz für diese menschliche Präsenz sein.

## Die Konferenz fordert mit Nachdruck

- eine Evaluierung der Maßnahmen gegen Aggressionen auf Schiene und Straße sowie die Verstärkung der Präventionsarbeit;
- die Bereitstellung von ausreichenden Finanzmitteln seitens des Nachhaltigkeitsministeriums

ums für verstärkte Kontrollen vor allem im RGTR-Bereich;

- Die Fortführung einer kontinuierlichen, kohärenten und konsequenten Einstellungspolitik bei CFL und CFL cargo;
- dass bei Investitionen im Transportbereich sowie bei der Organisation des öffentlichen Transportes, die Bahn als Rückgrat des öffentlichen Verkehrs Priorität haben muss;
- Im Rahmen der geplanten Pensionsreform, die Wiedereinführung der Spezialregime für Lokführer, Busfahrer und Rangierer;
- den Erhalt und den Ausbau der Eisenbahnstrecken Ettelbrück – Diekirch und Noertzingen – Rümelingen;
- die strikte und kompromisslose Einhaltung der geltenden Arbeitsbedingungen;
- die Rückführung der Bahnfiliale CFL cargo samt Personal zur Muttergesellschaft, falls es die Lage erfordern sollte;
- Eine breit angelegte Kampagne für Arbeitszeitverkürzung.



Der neue und der alte Präsident des Sektors Eisenbahnen

Foto: Gil Streicher

Motion

## Stop Liberalization

Seit der EU-Direktive 440/91 ist die europäische Eisenbahnlandschaft in stetem Umbruch.

Deregulierung und Fragmentierung haben in den vergangenen 20 Jahren den integrierten öffentlichen Bahnen in Europa enormen Schaden zugefügt. Wo früher Kooperation war, herrscht heute der freie und unverfälschte Wettbewerb. Einige hundert tausend Arbeitsplätze sind unwiederbringlich verloren gegangen.

Wo früher sichere und ordentlich bezahlte Arbeitsplätze waren, sind heute schlecht abgesicherte und schlecht bezahlte Arbeitsplätze. Den groß angekündigten Paradigmenwechsel hat die forcierte Deregulierung keineswegs gebracht. Doch konnten sich einige Investo-

ren ordentlich die Taschen füllen. Und die Begehrlichkeiten wachsen weiter.

Nach zwei Weißbüchern Verkehr und drei Eisenbahnpaketen mit katastrophalen Folgen, soll es munter weiter gehen auf der Liberalisierungsschiene. Es steht nicht mehr und nicht weniger als die definitive Zerschlagung des integrierten Eisenbahnsystems auf dem Programm der EU-Kommission und der sehr potenten Lobbys.

Das angekündigte 4. Eisenbahnpaket, das die Liberalisierung des nationalen schienen-gebundenen Personenverkehrs und die organische Trennung von Betrieb und Infrastruktur beinhalten soll, wird zur Überlebensfrage für gerade kleinere integrierte Eisenbahnunternehmen wie die CFL. Das müssen wir verhindern!

Der desaströse Trend, muss schnellstens umgekehrt werden. Mit unserem Arbeitsinstrument riskieren auch unsere Sozialbedingungen den „Liberalisierungsbach“ runter zu gehen. Im Interesse der aktuellen und zukünftigen Eisenbahnerinnen und Eisenbahner, muss dies verhindert werden. Gemeinsam hier und in Europa die Gegenwehr organisieren, das ist das Gebot der Stunde.

Die 40. Konferenz des Sektors Eisenbahnen tagend am 16. Juni 2012 ruft alle verfügbaren Kräfte dazu auf, sich an Aktionen gegen die Zerschlagung gut funktionierender Eisenbahnsysteme, die wohl unausweichlich sein werden, zu beteiligen.

Es reicht!  
„Stop Liberalization“



Soziale Resolution

# Sprache, Psychologie, Kinder und Medizin

Als Gewerkschaft dürfen die Themen Fremdsprachenprobleme, Psychologiezentrum, Kindertagesstätte und Arbeitsmedizin nicht an uns vorbeilaufen. Wir haben in dieser Hinsicht eine große Verantwortung gegenüber unseren Mitgliedern, aber auch allen Bediensteten der gesamten CFL-Gruppe. Die Bedürfnisse des Personals sind uns nicht egal, so wälten wir mit Nachdruck um nachstehende Einrichtungen zu verbessern bzw. zu schaffen.

Das soziale Engagement unserer Gewerkschaft geht klar über die täglichen Probleme am Arbeitsplatz hinaus. Unsere Arbeit, unsere Verantwortung, unsere Überzeugung, unsere Philosophie und unsere Ideologie nehmen wir zum Anlass, unserem Arbeitgeber für die Zukunft klare Ratschläge mit auf den Weg zu geben. Aktiv mit all unseren Mitgliedern möchten wir dem Ziel der Befriedigung von sozialen Sorgen und Bedürfnissen ein großes Stück näher kommen.

## Das Fremdsprachenproblem

Während der Ausbildungszeit haben immer mehr Kolleginnen und Kollegen Probleme mit der Fremdsprache. Dies stellt für viele ein relevantes Problem während der Examina dar. Als Gewerkschaft können wir uns vorstellen, dass in jeder Ausbildungszeit, d.h. in allen Laufbahnen, entsprechende Sprachkurse im Ausbildungsprogramm enthalten sind.

Diese Sprachkurse sollen Anlass dazu geben laufbahnspezifisches

Vokabular zu behandeln. Ebenso sollen praktische Tipps und Tricks vermittelt werden, wie man sich beispielsweise anlegen soll um einen Arbeitsbericht aufs Blatt zu bekommen. Jeder von uns kann einmal in die Situation gelangen, sich schriftlich gegenüber dem Arbeitgeber ausdrücken zu müssen. Viele unter uns fühlen sich unsicher dabei. Um dem vorzubeugen, fordern wir den Arbeitgeber auf Sprachkurse in französischer, deutscher und ggf. luxemburgischer Sprache anzubieten und diese laufbahnenorientiert zu gestalten. Wir wissen, dass nicht alle Defizite innerhalb von 6 Monaten wett gemacht werden können.

Jedoch zeigen wir uns besorgt darüber, dass viele Kolleginnen und Kollegen in ihrer Laufbahn Probleme antreffen, die sprachlicher Natur sind. Es kann also nicht sein, dass wir deswegen Jobanwärter im Regen stehen lassen und, im schlimmsten Fall, diese ihr Einstellungsexamen nicht bestehen.

## Das Psychologiezentrum, die Sozialarbeit und die „cellule de médiation“

Psychologische Probleme, privat und auch am Arbeitsplatz nehmen in unserer modernen Leistungsgesellschaft immer mehr zu. Es kann jeden von uns treffen, auch wenn wir das vielleicht nicht glauben wollen. Deshalb sehen wir als Gewerkschaft einen klaren Bedarf an mehr psychologischer Betreuung bis hin zu psychotherapeutischer Behandlung. Da die entsprechende Betreuung von einer einzigen Fachkraft nicht mehr garantiert werden kann, ist es absolut notwendig, einen weiteren Psychologen einzustellen.

Aufgrund der zunehmenden Fälle von Mobbing oder sonstigen zwischenmenschlichen Schwierigkeiten am Arbeitsplatz und besonders um in diesem Sinne innerbetrieblich vorbeugend zu handeln, fordern wir als Gewerkschaft eine „Cellule de médiation“ mit einem qualifizierten Mediator bei den CFL einzuführen.

Motivation und Personalentwicklung sollten ebenfalls den Arbeitsbereich dieser Fachkraft im Betrieb proaktiv beinhalten. Des Weiteren sehen wir die Notwendigkeit eine „cellule d'assistance sociale“ mit einem qualifizierten Sozialarbeiter - eine Funktion, die es lange Jahre bei den CFL als betriebliche Hilfestellung gab - wieder einzuführen. Denn neben den psychologischen nehmen auch die sozialen Probleme immer weiter zu. Wir sind bereit, über die Form und das eigentliche Funktionieren, eventuell auch weiteren Aufgaben dieser beiden wichtigen Fachbereiche betrieblicher Unterstützung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit zu diskutieren.

## Die Kindertagesstätte

Während man beim Staat auf eine eigene Kindertagesstätte zurückgreifen kann, kennt man bei der Bahn diese Infrastruktur nicht. Dabei liegt es auf der Hand, dass auch die Eisenbahner einen klaren Bedarf einer solchen Einrichtung haben. Die CFL sollen daher, in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern, endlich ernsthaft über die Gründung einer eigenen Kindertagesstätte nachdenken. Eine solche Einrichtung ist in unseren Augen schon längst überfällig und sollte in kürzester Zeit seiner Umsetzung entgegenzusehen dürfen. Ein



Johnny Post, langjähriger Personalvertreter, mit dem neuen und alten Präsidenten des Sektors

Argument hierfür ist sicher die Schichtarbeit. Zudem ist es kein Einzelfall, dass beide Partner bei der Bahn beschäftigt sind und in einigen Fällen zu zweit im Schichtbetrieb eingestellt sind. Über das Modell einer Kinderkrippe lässt sich diskutieren. Ob diese nun von Montag bis Freitag tagsüber funktioniert, oder 7 Tage die Woche 24/24 Stunden, dies muss eine genaue Analyse der Bedürfnisse bestimmen. Jedenfalls scheint es in unseren Augen unumgänglich zu sein, dass die CFL in sehr nahem Zeitraum über eine eigene Einrichtung in Sachen Kinderbetreuung verfügen.

## Die Arbeitsmedizin

Seit geraumer Zeit stellt man Unbehagen in der Arbeitsmedizin fest. Da auch dieser Dienst von enormer Wichtigkeit für die CFL als öffentlicher Sicherheitsbetrieb

ist, setzen wir uns als Gewerkschaft dafür ein, dass der Arbeitsmedizin die nötigen Bedürfnisse zur Verfügung gestellt werden. Diese Bedürfnisse sollen sowohl den materiellen, infrastrukturellen als auch personellen Ansprüchen gerecht werden. Daher begrüßen wir das Vorhaben der Generaldirektion einen weiteren Arbeitsmediziner einzustellen und unterstützen diesen Werdegang voll und ganz. Leider müssen wir auf die infrastrukturellen Probleme, sprich Raum und medizinische Einrichtungen, hinweisen und die Generaldirektion auffordern diese nicht zu ignorieren, sondern aktiv daran zu arbeiten, letztere in der nahen Zukunft deutlich zu verbessern.



Dank geht auch an René Birgen



Vier frühere und der neue Präsident des Sektors Eisenbahnen



Ehrung der besten Werber



Bahngesellschaft zieht Bilanz

# Die CFL fährt mehr Umsatz ein

Die Bahngesellschaft CFL hat im vergangenen Jahr ihren Umsatz um 1,4 Prozent gesteigert. Er stieg auf 654,7 Millionen Euro, wie das Unternehmen mitteilte.

Anders das Bild beim Gewinn. Unter dem Strich verbuchte die CFL im Jahr 2011 einen Verlust von zwei Millionen Euro. Im Vorjahr hatte sie noch einen Gewinn von 6,9 Millionen Euro in den Büchern stehen. „Wir hatten ein sehr kontrastreiches Jahr, je nachdem, welche Zahlen man zur Analyse heranzieht“, so CFL-Präsident Jeannot Waringo bei der Vorstellung der Bilanz des Bahnunternehmens. Der starke Gewinnrückgang sei vor allem durch die vorübergehende Stilllegung der Aktivitäten des Schifflinger und des Rodanger Werks von ArcelorMittal bedingt, worunter das Frachtgeschäft sehr stark gelitten habe, so die CFL auf ihrer Jahrespressekonferenz.

Die Frachtochter, CFL Cargo, steigerte ihren Verlust von 4,7 Millionen Euro auf 10,24 Millionen Euro.

Bei der CFL hofft man auf das Beste und stellt sich gleichzeitig darauf ein, dass die Entwicklung in der Stahlbranche sich fortsetzt – „eventuell noch über 2012 hinaus“, so CFL-Vizepräsident Marc Wengler. Es gelte, die Kosten im Griff zu behalten und gleichzeitig flexibel zu bleiben.

## Dieselben Tonnen auf viel mehr Kilometern

Als positiv verbuchte die CFL die Tatsache, dass CFL cargo immer mehr internationale Transporte tätigt. „Wir fahren mit denselben



Trotz erhöhtem Umsatz, hat die CFL einen leichten Verlust eingefahren

Foto: Pitt Becker

Tonnen viel mehr Kilometer“, kommentierte Bahn-Chef Alex Kremer. Die für Frachtgesellschaften wichtige Tonnenkilometer-Kennzahl stieg im internationalen Bereich um 19,3 Prozent. „Das ist es, was eine Bahngesellschaft braucht: 500 km und mehr“, bewertet Kremer den Wandel.

CFL Cargo gehört zu zwei Dritteln der CFL-Mutter und zu einem Drittel dem Stahlriesen ArcelorMittal. Das Besitzverhältnis sei von An-

fang an so gewesen und werde in Zukunft auch so bleiben, versprach Jeannot Waringo.

Ebenfalls einen Verlust erwirtschaftet hat die CFL Multimodal. Trotz einer Steigerung des Umsatzes um 38,2 Prozent verbuchte sie einen Verlust von fast 2,5 Millionen Euro nach einem Gewinn von 87 Millionen im Jahr davor. Als Grund nennt die CFL die Kosten für die Integration der übernommenen Logistikbetriebe Lentz Logis-

tics und Lentz Express sowie den Start einer neuen Linie Richtung Lübecker Hafen.

Einen erschreckenden Anstieg verbuchte die CFL bei den verbalen und gewaltsamen Angriffen und dem Vandalismus in Zügen und Bahnhöfen. Die Zahl der Taten stieg um 40 Prozent. Oft standen sie in Verbindung mit Alkohol und Drogen, wie es seitens des Unternehmens heißt. Die Bahngesellschaft reagierte mit dem Einsatz

von Sicherheitspersonal und einer Sensibilisierungskampagne an Schulen. Scheinbar tragen die Bemühungen bereits Früchte.

Nach Angaben des Unternehmens haben die Taten seit Beginn des Jahres nachgelassen.

Yves Greis, Tageblatt

Conférence-débat à Bruxelles

# L'harmonisation sociale dans le transport ferroviaire et urbain

La CER et la SNCF avaient organisé le 19 juin 2012 à Bruxelles une conférence-débat sur des questions sociales et de reprise du personnel dans le cadre des OSP dans le transport urbain et ferroviaire.

Les invités à la tribune étaient Alain Flausch, directeur général UITP; Werner Bayreuther, directeur général d'AGV MoVe; Armindo Silva, directeur emploi, législation sociale et dialogue social, DG emploi, affaires sociales et inclusion; Guy Greivelding, président de la section ferroviaire ETF.

Tandis que les autres orateurs voyaient déjà la libéralisation du transport ferroviaire de voyageurs comme chose acquise, notre président Guy Greivelding, qui présentait la position de l'ETF, ne mâchait pas ses mots et rejetait catégoriquement toutes nouvelles initiatives de libéralisation dans le secteur des chemins de fer.

Nous publions ci-après son intervention en intégralité.

«Nous sommes confrontés à une situation typique résultant d'une politique de libéralisation qui ne peut, je ne dis rien de nouveau, jamais trouver notre accord.

Tout d'abord nous insistons à ce que les transports de voyageurs sur rail en système urbain ou sur longue distance restent un service public.

Le traité de Lisbonne et le règlement sur l'organisation des services publics 1370/2007 sou-



Guy Greivelding lors de son intervention

Foto: Alexander Louvet

lignent parfaitement que les autorités compétentes ont la liberté du choix pour organiser les transports publics.

Ce principe doit aussi valoir pour le secteur des chemins de fer.

Et nous voulons ajouter que nous nous opposons avec fermeté contre toute modification du règlement OSP.

Nous connaissons trop bien les suites négatives de la politique de libéralisation.

La concurrence nuira à la qualité, l'offre diminuera, seuls les transports profitables seront encore effectués (cherry picking). Le transport public perdra son caractère social. La mobilité des gens sera réduite. Les prix des billets aug-

menteront. Les tarifs spéciaux pour invalides etc. disparaîtront.

Le nombre d'emplois diminuera. Le dumping social fera son entrée. De nouveaux emplois qui devraient assurer une plus grande flexibilité seront créés. Il sera moins investi dans la formation de base et continue. Il sera moins investi dans la santé et la sécurité des travailleurs.

Les tâches de personnel d'accompagnement des trains seront réduites au seul commercial ou bien l'accompagnement des trains sera aboli.

Et j'insiste à dire que le pas de la mise à concurrence nuira beaucoup à la sécurité ferroviaire. Même si certains, adeptes de la libéralisation, ont voulu déjà à

maintes reprises me prouver le contraire, j'y insiste et je peux vous démontrer cela grâce à des exemples du secteur fret.

L'ETF, je le répète, rejette toute future libéralisation. Or comme déjà dans plusieurs pays européens, le transport de voyageurs national est mis à concurrence, l'ETF s'est évidemment employée avec le problème de la reprise du personnel en cas de changement d'opérateur.

Nous insistons ainsi fortement que les droits sociaux resteront garantis aux salariés. Les droits de leurs conventions collectives, les droits de leurs conditions de travail, de leurs conditions sociales (congés, ...). Aussi devra-t-on considérer les situations familiales. Un changement de résidence de service loin du foyer de famille porterait atteinte à la vie familiale.

Voilà pourquoi nous exigeons que le personnel soit repris par le nouvel opérateur aux mêmes conditions, dont ils ont profité chez leur ancien patron. L'intégralité du contenu de leurs conventions collectives doit être garantie. Et ce qui est aussi très important: l'état contractuel doit être maintenu.

Aussi les travailleurs doivent garder le droit de rester au service de leur entreprise, dont ils sont employés. Ceci ne pourra pas entraîner des conséquences de mesures disciplinaires, ni de répression ni de licenciements.

La sécurité de l'emploi devra être réglée par les législations nationales. Des dires ou promesses ne suffiront pas dans ces cas.

Et encore faut-il ajouter que la législation européenne prévoit des contrats de service public pouvant aller sur une durée jusqu'à 15 ans. Nous n'accepterons donc aucun mouvement pour réduire les périodes conclues dans des contrats existants.

Pour préserver, voire même améliorer la qualification des métiers nous demandons leur certification (personnel d'accompagnement, ...).

Pour garantir la sécurité, les conditions de travail/d'utilisation doivent être d'un niveau très élevé. La formation de base et la formation continue doivent être de ce même niveau très élevé.

Parer les agressions est un défi journalier. La présence humaine joue un rôle important dans ce contexte. Elle donne une assurance de sûreté/sécurité aux voyageurs. Et tel ne sera sûrement plus le cas en mettant en concurrence les transports de voyageurs nationaux sur rail.

Aussi ne devra-t-on pas perdre de vue les risques psychosociaux dont sont touchés très souvent les travailleurs confrontés à des restructurations.

Et en fin de compte, une sérieuse évaluation de la libéralisation des dernières 20 années fait toujours défaut, aussi une évaluation du social.

Ainsi nous rejetons toute future libéralisation !»



„Journée de la sécurité“ am 6. Juni 2012

# Sicherheitstag bei den CFL: ein Erfolg



Minister Wiseler im Gespräch mit CFL-Verantwortlichen

Foto: Henri Goergen

Les passages à niveau

## Tenter le diable pour quelques secondes?

Les passages à niveau n'ont plus fait de victime depuis longtemps. Mais gare aux risques.

Les piétons ou automobilistes qui osent braver les barrières des passages à niveau risquent au mieux une belle amende et une belle frousse. Mais pour éviter le pire, les CFL rappellent quelques principes élémentaires.

La question des passages à niveau, c'est celle d'une cohabitation. Entre, d'un côté, des trains qui n'ont pas d'autre alternative que de respecter le code ferroviaire, et, de l'autre, des particuliers qui, parfois, décident de „tenter le coup“ et franchissent les barrières pour gagner quelques secondes.

Sauf qu' „un train, selon son tonnage, a besoin de 400 à 1 200 m pour faire un freinage d'urgence“, rappelle Romain Meyer, le chargé de communication des Chemins de fer luxembourgeois. Quelle que soit son excuse, si une personne se retrouve coincée en voiture ou à pied sur la voie, le train aura beau sembler loin, il sera déjà trop tard ... „Il y a aussi le cas où la personne se fait surprendre par un train venant dans l'autre sens ... Dans tous les cas, le risque est énorme par rapport à l'enjeu“, continue Romain Meyer. Et de rappeler que les chauffeurs qui ne re-

spectent pas les feux rouges signalant la fermeture d'un passage à niveau risquent 2 points de permis de conduire et jusqu'à 145 euros d'amende; pour un piéton, la douloureuse peut grimper jusqu'à 3 000 euros ...

Mais n'arrive-t-il pas aussi que la faute incombe à la signalisation ou à des barrières défaillantes? „Il y a cinquante ans, peut-être, mais plus maintenant. Le problème des passages à niveau est un problème de sécurité routière, pas ferroviaire“, assure-t-il.

Faut-il supprimer tous les passages à niveau, comme certains le préconisent? „Tous, ce n'est pas réaliste. Mais lors des 35 dernières années, 62 passages à niveau ont été supprimés. Et il reste encore 138 passages à niveau. Seulement une douzaine pose des problèmes. Pour les autres, la plupart sont au niveau de petites voies ferrées dans le Nord, comme ceux qu'utilise par exemple le paysan de l'Oesling qui doit franchir un passage à niveau une fois par mois pour aller dans son champ, et qui utilise sa clé pour ouvrir la barrière.“

### La solution: le souterrain

Pour éviter que les piétons soient tentés de franchir ces passages à niveau, certaines villes décident aussi de les faire passer en des-

sous. „À Mersch, par exemple, il n'y a plus de passage à niveau. Les piétons et les cyclistes utilisent un souterrain pour accéder aux nouvelles écoles.“ Il y a d'autres chantiers similaires, comme à Leudelange, ou sur la ligne Luxembourg-Pétange où l'objectif est de faire une ligne sans passage à niveau.

Heureusement, au Luxembourg, „il n'y a plus eu d'accident grave à un passage à niveau depuis longtemps“, se réjouit Romain Meyer. Mais la sensibilisation reste essentielle. Selon l'Agence ferroviaire européenne ERA, 30% des accidents mortels sur le réseau ferré européen ont lieu aux passages à niveau, ce qui constitue 1,2% des accidents mortels sur la route.

Pour mettre en œuvre cette sensibilisation, les CFL viennent notamment de réaliser un partenariat avec le lycée technique Emile-Metz à Dommeldange. Grâce à l'appui du directeur, Théo Thill, et à l'engagement des enseignants Denis Bolmer et Yves Streff, les élèves de deux classes de 10e (électronicien énergie) ont réalisé des maquettes ayant comme sujet la sécurité aux passages à niveau, en y ajoutant des éléments électroniques et mécaniques.

Romain Van Dyck,  
Tageblatt

Wie in den Jahren vorher war auch die diesjährige „Journée de la sécurité“ ein voller Erfolg. Hunderte von Eisenbahner/innen drängten sich in den Garagen des CFL-Busdienstes auf der Diedenhofener Straße in Bonneweg. Auch konnte man in der Menge verschiedene Nicht-Eisenbahner ausmachen, die sicher ein äußerst positives Bild der CFL mit nach Hause nahmen.

An vielen Ständen konnte man interessante Informationen über das Wohlbefinden am Arbeitsplatz sammeln. Workshops ergänzten das reichhaltige Angebot. Die einzelnen CFL-Dienste hatten sich sehr viel Mühe gemacht, um das Thema Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz bestens rüber zu bringen. Die Konferenzen über Suizidprävention und „Burn out“-Be-

handlung erweckten großes Interesse. Im Freigelände fanden Vorführungen des GI-MI in Sachen Gleisarbeiten statt. Die Vereinigung 5519 a.s.b.l., die in diesem Jahr ihr 25. Jubiläum feiert, präsentierte mit viel Stolz ihre Museumsdampflok und bot interessante Sammlerartikel an. Auch war bestens für das leibliche Wohl gesorgt. Der Stand mit frischem Obst konnte genau so begeistern wie die angebotenen Speisen zur Mittagsstunde.

Den Organisatoren und allen aktiven Mitwirkenden gebühren unser Lob und unser Dank für die perfekte Ausrichtung dieser wichtigen Veranstaltung. Einen Dank, den auch Nachhaltigkeitsminister Claude Wiseler und Generaldirektor Alex Kremer in ihren Ansprachen zum Ausdruck brachte.

Ab dem 10. Juni 2012

## Umsteigen in Basel



Ab dem 10. Juni 2012 haben die beiden täglich verkehrenden Züge, die Luxemburg mit der Schweiz verbinden (Zug 91, Abfahrt um 10.46 Uhr; Zug 97, Abfahrt um 16.15 Uhr), Endstation im Bahnhof von Bâle SNCF.

Die Fahrgäste, welche nach Zürich oder Chur weiterfahren, müssen sich, wie für alle anderen Ziele in der Schweiz, zu ihrem Anschluss-

zug im Bahnhof Basel SBB begeben. Der Schweizer Taktverkehr garantiert dort mindestens jede halbe Stunde eine Verbindung nach Zürich und jede Stunde eine Verbindung nach Chur.

Die beiden Züge hingegen, die aus der Schweiz nach Luxemburg (Belgien) fahren, haben nach wie vor als Abfahrtsbahnhof Zürich (Zug 90, Abfahrt um 11.36 Uhr) bzw. Chur (Zug 96, Abfahrt um 13.16 Uhr).

FNCTTFEL

Landesverband

Landesverband, Eisenbahnen, Öffentlicher Dienst, Pensionierte

Unsere neue Webseite:  
[www.landesverband.lu](http://www.landesverband.lu)

Aktuelles

Newsletter  
gut informiertMedien  
herunterladen

Zesumme staark!

Newsletter | Mitglied werden | Agenda | Mediathek | Links | Kontakt



FNCTTFEL-Landesverband: Sektorenkonferenz „Öffentlicher Dienst“

# „Die Solidarität muss voll spielen“



Der „Neue“ an der Spitze des Sektors, Yannick Jacques (l.), und sein Vorgänger Justin Turpel

Foto: Hervé Montaigu

Bilanz ziehen und die Marschrichtung für die kommenden Monate festlegen. So lauten vereinfacht ausgedrückt Sinn und Zweck der im Zwei-Jahres-Rhythmus stattfindenden Sektorenkonferenzen des FNCTTFEL-Landesverbands. Den Auftakt der diesjährigen Serie machte am 8. Juni der Sektor „Öffentlicher Dienst.“

„Austerität ist out“: Anlässlich der 40. Konferenz des Sektors „Öffentlicher Dienst“ machten am 8. Juni 2012 im Bonneweger Gewerkschafts-Kasino die Verantwortlichen des FNCTTFEL-Landesverbands noch einmal unmissverständlich deutlich, dass sie die derzeitige Politik sowohl auf nationaler als auch auf europäischer

Ebene ablehnen. Allen voran kritisierte Gewerkschaftspräsident Guy Greivelding, dass die aktuelle Politik der luxemburgischen Regierung auf Kosten eines nachhaltigen, den sozialen Frieden sichernden Wachstums gehe. Dies hauptsächlich zulasten der arbeitenden Bevölkerung.

Greivelding unterstrich, dass es aber eine Alternative zu dieser Austeritätspolitik gebe. Und die heiße Wachstum. Statt sich zu Tode zu sparen, käme es sowohl der hiesigen Wirtschaft als auch der Bevölkerung entgegen, auf nachhaltiges Wachstum zu setzen.

In diesem Sinne positiv bewertet der Landesverband, dass der Wechsel an der französischen Staatsspitze den Anstoß zu einem politischen Umdenken gegeben

habe. Die Gewerkschaft hegt die Hoffnung, dass diese Stimmung den Rest Europas, demnach auch Luxemburg, erfassen könnte.

Derweil gibt sich der Landesverbandschef unnachgiebig: Man werde seine offensive Politik weiterführen, versprach er. Gegen jede Form von Liberalisierung, gegen jedes Ersetzen von guten gegen prekäre Arbeitsplätze, gegen die neoliberale Politik im Allgemeinen.

### Lohnabkommen sofort umsetzen!

Integraler Bestandteil der angestrebten Wachstumspolitik ist für den Landesverband, wie dies auch in der am Freitag verabschiedeten Resolution festgehalten wurde, die Kaufkraft.

Wie Greivelding unterstrich, fordert der Landesverband deshalb auch die integrale Wiederherstellung des Indexsystems.

Nein sagt der Landesverband auch zu der geplanten Rentenreform. Hierbei handele es sich um eine Reform des Abbaus. Der Landesverband indes verlangt eine „positive Reform ohne Einschnitte“, ohne Antasten des „Ajustements“. Finanziell sei ein solches Modell ohne weiteres durch zum Beispiel eine höhere Besteuerung von Kapital- oder Gewinnerträgen auch finanziell durchaus machbar. In Bezug auf die Reform im öffentlichen Dienst lautet die Forderung des FNCTTFEL: Das Gehälterabkommen (Punktwerterhöhung) muss unverzüglich umgesetzt werden. Die Gehälterrevision ihrerseits sowie die Reform des Statuts

### Auf Turpel folgt Jacques

Einen Wechsel gab es an der Spitze des Sektors „Öffentlicher Dienst“ des Landesverbands. Der langjährige Präsident, Justin Turpel, gab nach eigenen Aussagen aus gesundheitlichen, aber auch aus zeitlichen Gründen sein Amt auf. Seine Nachfolge tritt der bisherige Sekretär Yannick Jacques an. Jacques war einziger Kandidat und wurde fast einstimmig (bei der Wahl gab es eine Enthaltung) vom Kongress zum neuen Präsidenten des Sektors gewählt.

müssten gekippt werden und die Kürzung der Anfangsgehälter gehöre endgültig vom Tisch. Die Verlängerung der „Stage“-Zeit müsse schließlich unverzüglich in den Abfalleimer wandern. Und dies aus einem simplen Grund: Anders als das Wort „Reform“ vermuten ließe, würde mit den Regierungsplänen nämlich keine Verbesserung für die Staatsbediensteten erreicht, sondern das genaue Gegenteil.

In diesem Sinne appellierte Guy Greivelding an die Solidarität der anderen Gewerkschaften. Nur wenn man gemeinsam agiere, solidarisch zusammenstehe, könne man sich effektiv gegen die Austeritätspolitik der Regierung stellen und gegen die wiederholten Angriffe des Patronats stemmen. „Die Solidarität zwischen öffentlichem und privatem Sektor muss voll spielen“, so sein Aufruf.

Tom Wenandy, Tageblatt

La Commission européenne ne pourra pas simplement ignorer cette problématique

# „L'eau relève du service public“

Un comité de citoyens propose que soit ancré au niveau européen le principe selon lequel l'eau n'est pas une marchandise.

Le représentant luxembourgeois du comité de citoyens à l'origine de l'initiative right2water (droit à l'eau) n'est autre que Justin Turpel, le vice-président du Landesverband.

### Quel est l'objectif de votre initiative?

Justin Turpel: Elle vise à faire en sorte que le droit à l'eau potable et à l'assainissement des eaux usées soit respecté à travers toute l'Europe. Il faut en effet savoir qu'entre 80 et 90 millions de personnes en Europe n'ont pas accès à l'eau potable. Au niveau mondial, ce sont deux milliards de personnes qui sont dans cette situation. Il faut aussi savoir que, sous la pression de quelques multinationales, la Commission européenne prend régulièrement des initiatives visant à libéraliser le marché de l'eau comme elle l'a fait dans d'autres secteurs (énergies, transport). Or une libéralisation du marché de l'eau aurait des effets désastreux. L'eau potable ne représente aujourd'hui que 0,6% du réservoir d'eau mondial. Nous

sommes donc confrontés à une pénurie. Si l'eau vient un jour à être considérée comme une marchandise, elle peut devenir la cause de nombreuses guerres et autres misères. L'initiative vise tout simplement à ancrer au niveau européen le principe selon lequel l'eau n'est pas une marchandise et que l'accès à celle-ci et à un système d'épuration relève du service public.

On ne retrouve pas de simples citoyens derrière cette initiative. Vous êtes vous-même vice-président du Landesverband et l'initiative a été lancée par une fédération européenne de syndicats ...

Il est très difficile pour de simples citoyens de s'organiser au niveau européen en vue de rassembler un million de signatures comme l'exige le règlement. Parallèlement, la question de l'eau est un thème qui occupe les syndicats du service public depuis un certain temps déjà. C'est dans ce contexte que la Fédération syndicale européenne des services publics (qui compte trois membres au Luxembourg: Landesverband, OGB-L, LCGB) a décidé de lancer cette initiative qui est également portée par le Bureau européen de l'environnement et l'European Social Network. Bien entendu,

l'initiative ne sera pas conduite au Luxembourg uniquement par le Landesverband mais bien avec les autres syndicats. Nous voulons une initiative aussi large que possible. Nous allons également nous tourner vers d'autres acteurs. Dans la plupart des autres pays, les bourgmestres des villes principales, par exemple, soutiennent cette initiative. Je pense aussi aux organisations sociales, de défense des femmes ou environnementales.

Pensez-vous que votre initiative, si elle récolte un million de signatures, pourra influencer sur la politique menée par la Commission européenne?

La Commission ne doit pas donner forcément une suite positive à notre initiative. Mais nous partons du principe que si nous arrivons à mobiliser un million de personnes en Europe pour signer la pétition, cela sensibilisera de nombreux acteurs, qui deviendront, disons, des ambassadeurs de la cause, également au niveau politique. De sorte que la Commission européenne ne pourra pas simplement ignorer cette problématique. Les politiques seront obligés de s'y intéresser.

Olivier Landini, LeQuotidien



Foto: Archive LQ

Justin Turpel est vice-président de la FNCTTFEL-Landesverband



Resolution

# Zeeche setzen



Das Thema Reform im öffentlichen Dienst bewegt: Ein Teil des gut gefüllten Kongresssaals mit den Ehrengästen aus Politik und Gewerkschaft (im Bildvordergrund)

In dieser Zeit der klammen öffentlichen Finanzen – weil die verfügbaren öffentlichen Gelder ausschließlich zur Abdeckung des Geschäftsrisikos der privaten Banken dienen (denn nichts anderes ist die Griechenlandkrise) – gibt es laut unserer Regierung nur ein Credo: Austerität, auf Kosten eines nachhaltigen, den sozialen Frieden sichernden Wachstums, und dies hauptsächlich auf Lasten des Salarlates.

Zum Glück hat der Wechsel in der französischen Staatspitze diese Problematik auf die Tagesordnung gesetzt, da man hier begriffen hat, dass Austerität noch niedrigere Staatsfinanzen ergibt und dass diese Spirale unendlich nach unten dreht. Deshalb setzen wir uns für die Einführung einer europaweiten Bankentransaktionssteuer ein.

## Austerität ist out...

In der Tat, eine nachhaltige Wirtschaft im Euroraum kann nur angekurbelt werden, wenn alle Beschäftigten ausreichend Geld zur Verfügung haben, um es der real existierenden Ökonomie zuzuführen, lies den Konsum anzukurbeln. Wenn es den Beschäftigten gut geht, dann kann auch die Wirtschaft ihre Früchte tragen – umgekehrt funktioniert überhaupt nichts. Dem Austeritätsminister Luc Frieden – der bereits das „Ajustement“ der Pensionen ins Visier nahm, wie auch die Familienzulagen, den 13. Monat der öffentlichen Bediensteten, die Abschaffung der Care-Prämie und der nicht zuletzt die Heraufsetzung der TVA anpeilt, die einzig und allein die Bezieher niedrigerer Einkommen voll und ganz trifft – kommt die geplante Rentenreform des Sozialministers ganz zupass, ja sie geht ihm noch nicht weit genug. Die Aussetzung des Gehälterabkommens im öffentlichen Dienst ist ein falsches Signal, zumal deren Volumen nicht einmal genügt hätte, den bis jetzt bereits erlittenen Kaufkraftverlust auszugleichen, wie der Landesverband nachrechnet.

## Nachhaltiges Wachstum ist (dr)in

Wachstum statt Austerität – das ist die Losung, allein es muss nachhaltig sein! Statt sich zu Tode zu sparen, käme es sowohl der hiesigen Wirtschaft als auch der Bevölkerung entgegen, auf nachhaltiges Wachstum zu setzen. Da ein Großteil der Luxemburger Bevölkerung sich aus Bediensteten des Staats- respektive Kommunal-sektors (sowie der assimilierten Sektoren) zusammensetzt, ist deren Kaufkraft integraler Bestandteil des angestrebten Wachstums. Sie kurbelt den Konsum an, fördert die Produktion, schafft Arbeitsplätze, hat große Signalwirkung auf den Privatsektor und – nicht zuletzt – bringt dem Staat am Ende wieder viel Geld in die Staatskasse in Form von direkten und indirekten Steuern. Aus diesem Grunde ist es unverständlich, dass Regierung und CGFP das Gehälterabkommen beim Staat (und somit auch bei Eisenbahn und auf Gemeindeebene, ebenso wie im assimilierten Sektor) auf Eis gelegt haben. Wir fordern die sofortige Umsetzung des Gehälterabkommens – ohne Wenn und Aber!

## Index

Als 1982 der Index von der CSV-DP-Regierung abgeschafft wurde, mündete dies, trotz der ablehnenden Haltung der CGFP in einem Generalstreik. Der Druck, der darauf auf den Parteien lag, hatte zur Folge, dass die DP 1984 aus der Regierung geschasst wurde und die neue CSV-LSAP Regierung die Wiedereinführung in ihr Koalitionsabkommen schrieb. Nach der Wiedereinführung des Index, einer der Garantien des sozialen Friedens, wurde dieser aber vielfach manipuliert. Wir fordern deshalb die integrale, rückwirkende Wiederherstellung des automatischen Indexsystems und die Reindexierung der Familienzulagen!

## Gehälterrevision und Statutenreform

Die Regierung hatte sich die Zustimmung der CGFP zu den unzähligen Verschlechterungen der Gehälterrevision und der Statutenreform (man denke nur an das unsägliche Bewertungssystem,

durch das allein „Paltongszéierei“ belohnt wird) mit dem Abschluss des überaus mickrigen Gehälterabkommens erkaufte. Nachdem das Gehälterabkommen bis 2015 ausgesetzt wurde, hätte man erwarten dürfen, dass zumindest die aktuelle Fassung der Gehälterrevision und des Statuts endgültig gestorben sei. Dem war aber nicht so! Obschon das Gehälterabkommen verschoben wurde, stimmte die CGFP dem gesunden Menschenverstand zum Trotz dennoch der Gehälterrevision und der Statutenreform zu, und dies zur Freude der CSV-Minister Biltgen und Modert, ohne Kompensation für die öffentlichen Bediensteten, beispielsweise in Form einer Wochenarbeitszeitverkürzung oder Erhöhung des Jahresurlaubs.

Dem hält der Sektor Öffentlicher Dienst im Landesverband seine Forderung entgegen: Das Gehälterabkommen (Punktwerterhöhung) gehört unverzüglich umgesetzt. Aber diese Gehälterrevision und diese Reform des Statuts müssen gekippt werden! Die Kürzung der Anfangsgehälter gehört endgültig vom Tisch! Die Verlängerung der Stagezeit gehört in den Abfalleimer! Wie die meisten anderen Punkte, die nur Rückschritte beinhalten! Umgesetzt allerdings müssen die seit langem überfälligen Punkte wie die obligatorischen Anpassungen verschiedener Laufbahnen auf Grund des Bologna-Prozesses, aber ohne die vorgesehene Wartezeit von 10 Jahren.

## Gemeinsam die geplante Gehälterrevision und die Reform des Statuts verhindern

Das Prinzip von Verhandlungen mit der alleinigen Gewerkschaft CGFP, stellvertretend für den ganzen öffentlichen Sektor, werden wir als anerkannte und repräsentative Gewerkschaft bei den CFL sowie im kommunalen Sektor niemals akzeptieren.

Ebenso wurden die in dem großen, assimilierten Bereich des Gesundheits- und Spitalwesens repräsentativen Gewerkschaften nicht an dem Verhandlungstisch zugelassen.

Laut OIT-Konvention Nr. 151, die vom Luxemburger Parlament rati-

fiziert wurde, können aber nur Abschlüsse durch Verhandlungen mit den in den jeweiligen Sektoren repräsentativen Gewerkschaften getätigt werden.

Wir fordern deshalb gemeinsame, mit allen repräsentativen Gewerkschaften im öffentlichen Sektor und ihm assimilierten Bereich, geführte Verhandlungen zur Reform des öffentlichen Dienstes. Wir lehnen eine Reform ab in welcher altegediente Beamte sowie die oberen Laufbahnen gegen andere und zukünftige Beschäftigte auszuspielt werden. Das vorliegende Projekt gilt es zu verhindern, neue Wege müssen im Interesse aller (der jetzigen und zukünftigen) öffentlichen Bediensteten getätigt werden.

## Wir setzen uns für Zusammenarbeit ein

Deshalb setzen wir mehr denn je auf eine Zusammenarbeit aller Gewerkschaften um gemeinsam eine Kurskorrektur durchzusetzen, – weg von der Austeritätspolitik, weg von der Zerschlagung unseres Statuts und unserer Gehälterstrukturen. Ein Alleinvertretungsanspruch steht niemandem gut und schwächt langfristig uns alle. Nur zusammen können die Gewerkschaften die Lobbygruppen, das Patronat und der Reichen samt ihren Steigbügelhaltern in der Politik in ihre Grenzen verweisen. Deshalb ergeht von der 40. Konferenz des Sektors Öffentlicher Dienst im Landesverband der eindringliche Appell an alle Gewerkschaften des öffentlichen und des Privatsektors, enger denn je zusammen zu arbeiten und sich zusammen den Interessengruppen aus Politik und Wirtschaft zu widersetzen. In der Einheit lag und liegt unsere Kraft – und nur darin.

## Delegiertenwahlen beim Staat

Eine Reform der Vertretungen der Bediensteten beim Staat ist überfällig. Es ist nicht annehmbar dass es einen Sektor gibt, in dem – im Gegensatz zu allen anderen Sektoren – die Vertreter nicht in freien Wahlen bestimmt werden. Wir fordern die überfällige Einführung von Delegiertenwahlen beim Staat.

## Motion 1

Bei der 39. Konferenz des Sektors öffentlicher Dienst wurde eine Resolution zu berufs- und betriebsspezifischen Fragen angenommen. In diesem Zusammenhang beauftragt die 40. Konferenz des Sektors öffentlicher Dienst den Sektorenvorstand diese Resolution in Bezug auf deren Verwirklichung zu bilanzieren, darüber hinaus eine Bestandsaufnahme aller aktuellen berufs- und betriebsspezifischen Belange der Berufs- und Betriebssektionen zu erstellen und der Verbandsleitung und dem Verbandsrat und Vorschläge zu unterbreiten, wie diese berufs- und betriebsspezifischen Belange verwirklicht werden sollen.

## Motion 2

In Anbetracht des Tätigkeitsberichtes und der Bilanzen erachtet die 40. Konferenz des Sektors öffentlicher Dienst eine Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation, Auftritte und Mobilisierung im öffentlichen Sektor, bei Staat und Gemeinden, als unerlässlich und beauftragt den Sektorenvorstand, zusammen mit der Verbandsleitung, ein Organigramm zu erstellen, das es dem Sektor öffentlicher Dienst im Landesverband erlaubt diesen Herausforderungen gerecht zu werden.

Redaktionsschluss für die nächste Nummer des

„Le Signal“

Freitag, 6. Juli 2012



Tice

# Besondere Verantwortungen müssen auch beim TICE endlich vergütet werden

Seit geraumer Zeit und in wachsendem Maße stellt sich auch beim TICE die Frage nach einer angemessenen Vergütung für besondere Leistungen oder Verantwortungen. Unsere Betriebssektion ist seit längerem mit dieser Thematik befasst und im Kontext der Audit Beschlüsse werden wir auf positive Entscheidungen drängen.

Ganz allgemein werden auch im kommunalen Bereich viele Arbeiten durch Funktionäre erledigt, die eigentlich aufgrund ihrer Verantwortung und Kompetenz in den Tätigkeitsbereich eines höheren Grades oder gar eines Vorgesetzten fallen müssten. Meistens geht das ganz unauffällig von statten, als provisorische Übertragung von Aufgaben, als Ersatz für momentane Engpässe und Ausfälle, und führt dann irgendwann, im Rahmen einer Reorganisation, zu einer dauerhaften Zuweisung dieser Arbeiten.

Konkret bedeutet dies, dass Beamte freiwillig Arbeiten erledigen, die eigentlich ihre Funktion überschreiten und von einem höheren Dienstgrad ausgeführt werden müssten. Stunden sie nicht zur Verfügung, dann müsste dafür ein entsprechend höherer Posten geschaffen und/oder besetzt werden. Der kommunale „Arbeitgeber“ profitiert also auf jeden Fall von diesem pragmatischen vorgehen.

Wir fordern darum, dass diese Funktionen zumindest endlich auch entsprechend finanziell honoriert werden, so wie es im Statut vorgesehen ist. Darin heißt es im Artikel 25 (Règlement grand-ducal



modifié du 4 avril 1964), dass jeder Anspruch auf eine besondere Prämie hat, wenn er entsprechende Bedingungen erfüllt; „...si un fonctionnaire est appelé à remplir des fonctions supérieures en traitement ou à cumuler tout ou partie d'un emploi vacant.“

## Für die Handwerker...

In der Werkstatt haben unsere Bemühungen in dieser Hinsicht zur Anerkennung der Ter Grade für drei spezielle Funktionen geführt. Das sind die Verantwortungen für das Magazin, die Karosserie sowie die Hausmeisterei. Das Präsidium des TICE hat das sogar in einem

schriftlichen Abkommen im Juli 2009 akzeptiert und offiziell unterzeichnet. Die formelle Umsetzung wurde aber vom Betrieb nie durchgeführt und solange hinausgezögert, bis das „rettende Ufer“ der Audit-Studie erreicht werden konnte. Nun, nach weiteren 2 Jahren, soll die Umsetzung dieser vertraglichen Zusage endlich im Rahmen der Durchführung der Audit-Reorganisation erfolgen! Wir für unseren Teil haben diese Abmachung nicht vergessen und werden auf jeden Fall auf ihre Einhaltung pochen.

(Derweil sollen durch die geplante Gehälterreform, alle Substituti-

onsgrade abgeschafft werden. Dieses Projekt wurde aber noch nicht vom Parlament verabschiedet und ist darum noch nicht in Kraft. Im neuen Text sollen spezielle Entschädigungen für Verantwortungsposten vorgesehen werden.)

Einmal ganz abgesehen davon, tut sich der Betrieb auch schon ungemein schwer mit der finanziellen Anerkennung von regulären Beförderungen in höhere Karrieren. Steigt zum Beispiel ein Handwerksmeister in die Verantwortung eines Atelier-Chefs auf, ist es üblich, dass dieser monatlang auf die entsprechende Punkterhöhung beim Lohn warten muss. Administrative Prozeduren dienen hier als Entschuldigung. Es ist dann nicht verwunderlich, wenn die Motivation dieser Kollegen dann sehr schnell flöten geht.

## ...und Surveillants im Mouvement

Im Fahrdienst steht die reale Stagnation des Kontrollereffektives im krassen Gegensatz zum Anstieg von deren Aufgaben. Diese Entwicklung hat zu einer unhaltbaren Situation geführt. Im Kontrollereffektiv sind derzeit 2 Posten unbesetzt, es müssten aber noch (mindestens) weitere 3 Posten geschaffen werden, damit ein normales Roulement irgendwie funktionieren würde, bei dem zu jeder Zeit ein Kontrolleur im Betrieb präsent sein könnte. Also fehlen derzeit real 5 Kontrolleur im Außendienst! Nach 17.00 Uhr ist derzeit beim TICE kein Kontrolleur mehr im Betrieb, weder auf der Strecke noch in der Leitzentrale. Damit irgendwie ein Ansprechpartner auf der Funksprechanlage erreichbar bleibt, wurden die vorherigen Rangiererreserven nun de facto zu Er-

satzkontrollern umfunktioniert. Diese 5 Busfahrer wurden dem aktiven Fahrdienst entzogen (wo sie bis heute größtenteils als Fahrer nicht ersetzt wurden) und müssen nun als eine Art flexibles „Mädchen für alles“ rund um die Uhr, für allerlei Aufgaben zur Verfügung stehen: Vom Dispatching der Busse, Ersatzkontrollen in der Leitzentrale, Überwacher der Reinigungsmannschaft, Verwaltung des Tagesdienstes, Telefonauskunft bis zum Reservefahrer in Notfällen, muss derweil alles von diesen Surveillants erledigt werden. Vor allem der Zuwachs von rein administrativen Aufgaben, die auch Kenntnisse der Informatik verlangen, wie z.B. in der Leitzentrale, muss als eine qualitative Veränderung der Arbeitstätigkeit angesehen werden, die auf jeden Fall eine Prämie rechtfertigt. Eines steht fest, ohne diese Surveillants würde der TICE derzeit nicht mehr funktionieren. Diese Verantwortung und Leistung muss endlich auch finanziell anerkannt werden. Darum fordern wir:

- Für die Surveillants eine entsprechende finanzielle Anerkennung ihrer Leistungen, so wie sie im Artikel 25 des Statuts vorgesehen ist.
- Die schnellstmögliche Besetzung aller freien Kontrollereffektivposten.
- Eine Erhöhung des Kontrollereffektives um mindestens 3 weitere Kontrollereffektivposten.

Alain Sertic

## Geschichtliches

Ein ganz ungewöhnlicher Tag

# Der 6. Juni 1937

Bericht der Gestapo Trier: - Als Verfasser zeichnet Dr. Kreuzer von der Staatspolizeistelle Trier. Am 9. Juni 1937 beschreibt er die Ereignisse beim Maulkorbreferendum in Luxemburg aus der Sicht der Nazis. Der Bericht ist an die Gestapozentrale in Berlin, Abteilung II 1 A gerichtet und unter der Aktennummer 2290-II A-1/176/37 verzeichnet. Das Dokument wurde seinerzeit im Archiv des IML in Berlin unter P St 3/96 aufbewahrt.

Am Sonntag, den 6.6.1937, fand in Luxemburg die Volksabstimmung zwecks Auflösung der KPL und Annahme des Ermächtigungsgesetzes statt. Gleichzeitig wurden die Neuwahlen für die Luxemburger Kammer vorgenommen.

In Esch/Alzette, der Hochburg des Kommunismus in Luxemburg, fand in den letzten Wochen eine äußerst starke Wahlpropaganda durch die KPL statt, während die Propaganda der Rechtsparteien nicht so stark war. Die Wahlbeteiligung in Esch/Alzette war so lebhaft wie noch nie. Klebezettel waren in Esch/Alzette fast ausnahmslos von der Linken zu sehen.

Die in Esch/Alzette zu etwa 80% jüdische Geschäfts- und Finanzwelt soll, zumal nur ein Teil von ihnen auf Grund ihrer Staatsangehörigkeit wählen durfte, be-



sonders die linksgerichteten Kreise zur Wahl ausgiebig mit Geld unterstützt haben. Auch die in Luxemburg verkehrenden Züge waren mit „Nein“-Zetteln beklebt. Desgleichen war das Haus des berühmten Kommunistenführers

Zenon Bernard mit den luxemburgischen Landesfarben geschmückt und über und über mit „Nein“-Zetteln beklebt. Die Wahl verlief äußerst ruhig und es konnten irgendwelche Zwischenfälle nicht festgestellt werden.

Ferner wurde in Erfahrung gebracht, dass dem früheren Ortsgruppenleiter der NSDAP und noch jetzigen Pg. in Esch/Alzette die Aufenthaltsgenehmigung als Deutscher mit seiner 5-köpfigen Familie entzogen wurde. Der linksgerichtete Escher Polizeikommissar Reis erklärte ihm, dass er innerhalb von 2 Stunden seine Aufenthaltsgenehmigung habe und sofort wieder in Arbeit stehen könne, wenn er schriftlich seinen Austritt aus der NSDAP bringe. So mit steht einwandfrei fest, dass die in Luxemburg wohnenden nationalsozialistisch denkenden Deutschen bezgl. ihrer politischen Einstellung unter Druck gesetzt werden.

## Gewerkschaften und Linksparteien retteten Demokratie in Luxemburg

Das Wahlergebnis in Esch/Alzette waren 3315 „Ja“-Stimmen und somit für die Auflösung der kommunistischen Partei und deren Verbände, dagegen 8399 „Nein“-Stimmen und somit gegen die Auflösung.

In Luxemburg-Stadt herrschte ebenfalls starke Wahlbeteiligung. Doch war hier die Wahlpropaganda der Rechtsparteien etwas stärker als in Esch/Alzette.

Nach Beendigung der Wahl (um 17 Uhr) hatten sich in den Abendstunden vor den Zeitungen „Luxemburger Wort“, „Escher Tageblatt“ und „Luxemburger Volksblatt“ zahlreiche linksgerichtete Kreise eingefunden, um dort die Wahlergebnisse zu erfahren. Hier kam es zu Ovationen bei der Bekanntgabe der „Nein“-Stimmen, während bei der Bekanntgabe der der Stimmenzahl der Rechtsparteien laut „nieder“ geschrien wurde. Diese Stimmungsmache wurde durch das Singen der Internationale sowie anderer kommunistischer Lieder gefördert. Ein Einschreiten der lux. Polizei wurde hier nicht beobachtet. Hierzu wäre auch die Feststellung wichtig, dass der größte Teil der Luxemburger Beamten (Polizei, Post, Zoll, Bahn usw.) kommunistisch verseucht sein soll.

## Zenon Bernard

Mehrere Passagen wurden mit dem Bleistift angemerkt, die den Kommunistenführer Zenon Bernard, den Escher Polizeikommissar Reis, die kommunistisch verseuchte Beamtenschaft und der deutschfeindlichen Einstellung der Bevölkerung betreffen. Was Zenon Bernard angeht, wurden „Karten gefertigt“, was auf eine spätere Verwendung hinweist. Wenig erstaunlich für einen Gestapo-Beamten ist die Fixierung auf Kommunisten und Juden. Erstaunlicher ist die Bezeichnung des Maulkorbgesetzes als ein Ermächtigungsgesetz, womit der Berichterstatter eine Parallele mit der Machtgreifung der Nazis in Deutschland herstellte.

U.a. konnte bei der Wahl beobachtet werden, dass auf dem Land vorwiegend mit „Ja“ gestimmt wurde und dass sich ebenfalls das Zentrum für ein „Ja“ eingesetzt und auch die katholischen Vereinshäuser öffentlich für ein „Ja“ propagiert hatten. Doch überall musste eine starke deutschfeindliche Einstellung festgestellt werden.

Die Linksparteien konnten einen knappen Wahlsieg erringen und zwar mit 70.000 „Nein“-Stimmen gegen 67.000 „Ja“-Stimmen.



Resolution

# Konferenz des Sektors Pensionierte



Nicolas Schmit: „Europa zerstört seine wirtschaftliche Basis“

Die Konferenz des Sektors Pensionierte im FNCTTFEL-Landesverband, tagend am Mittwoch, dem 13. Juni 2012 im Casino Syndical in Bonneweg, befasste sich mit der aktuellen sozialpolitischen Lage und vornehmlich mit der Situation der pensionierten Kolleginnen und Kollegen.

Sie stellt fest, dass seit der Indexmanipulation von 2006 die Kaufkraft der aktiven und pensionierten Arbeitnehmer stark gelitten hat. Die Außerkraftsetzung des automatischen Indexmechanismus, im Januar dieses Jahres, wird diese Tendenz noch verstärken.

Weiterhin ist ein unausgewogenes Reformprojekt für die Pensionen auf dem Instanzenweg, welches die Aktiven und Pensionierten völlig einseitig belastet.

Zusätzlich sind für 2013 neue Austeritätsmaßnahmen vorgesehen, die u. a., das Aussetzen des Gehälterabkommens im öffentlichen Sektor, die Erhöhung der Solidaritätssteuer um 2%, und das Nichtgewähren des am 1. Januar 2013 vorgesehenen Ajustement der Renten und Pensionen, beinhalten.

Die Zunahme von Armut und sozialer Ausgrenzung sind das Resultat dieser neoliberalen Politik.

Die Konferenz wendet sich ganz entschieden gegen diese Sozialabbaupolitik im Allgemeinen und gegen das Sonderopfer, welches den Pensionierten durch die Nichtanpassung ihrer Bezüge an die allgemeine Lohnentwicklung abverlangt wird. Sie wehrt sich vehement dagegen, dass durch das Nichtgewähren des Ajustements ein etwaiger Vorgriff auf eine inakzeptable Pensionsreform getan wird.



Der Vorstandstisch mit Ehrengästen

Fotos: Pitt Becker

Die Konferenz fordert deshalb:

- Die sofortige Wiederherstellung des automatischen Indexanpassungsmechanismus;
- Das integrale Ausbezahlen des geschuldeten Ajustements am 1. Januar 2013;
- Die Absicherung des öffentlichen Pensionssystems und seiner Leistungen für die heutigen

und zukünftigen Pensionsempfänger, durch das Erschließen von alternativen Finanzquellen;

- Eine kontinuierliche Lohn- und Gehälterpolitik im privaten und öffentlichen Sektor.

Die Konferenz stellt fest, dass die Arbeitslosigkeit und vor allem die Jugendarbeitslosigkeit erschreckende Ausmaße annehmen. Sie ist der Meinung, dass der Staat,

die Gemeinden und die öffentlichen Betriebe in der Verantwortung stehen, den arbeitslosen Jugendlichen verstärkt Arbeitsplätze anzubieten. Sie müssen dazu ihr Dienstleistungsangebot den realen Bedürfnissen anpassen. Nachholbedarf besteht u. a. bei der Betreuung von Kindern, Jugendlichen und älteren Menschen. In diesem Zusammenhang fordert die Konferenz den Ausbau der Betreuungseinrichtungen, damit alle ältere Menschen, bei Bedarf, einen bezahlbaren Platz in einer geeigneten Struktur erhalten.

Im Bewusstsein, dass die Verwirklichung der in dieser Resolution enthaltenen Forderungen, eine breite gewerkschaftliche Mobilisierung erfordert, ruft die Konferenz des Sektors Pensionierte seine Mitglieder auf, bei allen Aktionen des Landesverbandes präsent zu sein.



Pensionierte des FNCTTFEL-Landesverbandes

## Rentenanpassung zum 1.1.2013 auszahlen

Die Rentner bilden traditionell bei der mehr als 100-jährigen Gewerkschaft FNCTTFEL-Landesverband eine der stärksten Abteilungen und so ist es nicht verwunderlich, dass Präsident Nico Wennmacher einen vollen Saal im Bonneweger „Casino syndical“ begrüßen konnte.

Selbstredend standen die Sektorenkonferenz über die anstehende Rentenreform und die im Laufe der Konferenz verabschiedete Resolution denn auch im Zeichen der Rentenanpassung.

**Ablehnung der Austeritätspolitik**

Die „sofortige Wiederherstellung des automatischen Indexanpassungsmechanismus“, „das integrale Ausbezahlen des geschuldeten ‚Ajustement‘ am 1. Januar 2013“, „die Absicherung des öffentlichen Pensionssystems und seiner Leistungen für die heutigen und künftigen Pensionsempfänger, durch das Erschließen von alternativen Finanzquellen“, und „eine kontinuierliche Lohn- und Gehälterpolitik im privaten und öffentlichen Sektor“ werden hier gefordert.

Die Resolution beschäftigt sich aber auch, wie dies der Präsident der Rentner und Ehrenpräsident der Gewerkschaft Nico Wennmacher in seinen jeweiligen Ansprachen tat, mit der erschreckend ho-

hen Arbeitslosigkeit und insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit. Auch die für 2013 vorgesehenen neuen Austeritätsmaßnahmen, wie das Aussetzen des Gehälterabkommens im öffentlichen Dienst und die Erhöhung der Solidaritätssteuer, werden von der Gewerkschaft abgelehnt.

Nach dem Tätigkeitsbericht von Sekretär René Bleser, dem Kasernenbericht von Marcel Arendt und dem Grußwort des Präsidenten der Rentnerabteilung des OGBL, Henri Kremer, sprach der Präsident des Landesverbandes, Guy Greivelding, über aktuelle Themen.

**„Wenn die Schienen liegen“**

So ging auch er auf die Rentenanpassung ein, die nicht ausgezahlt werden soll, und fragte rhetorisch, was denn noch so auf die Bevölkerung zukommen werde.

Er verwies darauf, dass in der aktuellen Krisenzeit die Zusammenarbeit aller Gewerkschaften wichtig sei, und erinnerte an eine voraussichtlich am 16. Oktober diesen Jahres stattfindende Protestveranstaltung des OGBL, der die FNCTTFEL sich anschließen werde.

Greivelding beschäftigte sich weiter mit der Transportpolitik. Zwar werde jetzt von der Regierung versprochen, 2017 werde die hauptstädtische Trambahn realisiert sein; er werde dies aber angesichts der Entwicklungen der letzten Jah-



Die Rentner des Landesverbandes verlangen die Auszahlung des „Ajustement“

Foto: Didier Sylvestre

re erst glauben, wenn die Schienen liegen. Er forderte, dass die Tram öffentlich gebaut und betrieben werde.

Der Gewerkschaftspräsident sprach sich außerdem gegen jede Form von weiterer Liberalisierung aus. So sei Wasser keine Ware. Der Habgier der Unternehmer müsse

sich solidarisch entgegengestellt werden.

Im Anschluss an Guy Greiveldings Rede sprach Beschäftigungsminister Nicolas Schmit.

Nach der Diskussion und Verabschiedung der bereits erwähnten Resolution sprach Nico Wennma-

cher das Schlusswort der Konferenz.

**Robert Schneider,**  
Tageblatt



Nico Wennmacher, Präsident des Sektors Pensionierte des FNCTTFEL-Landesverbandes, im Gespräch

# „Gerade jetzt ist es wichtig, zu mobilisieren“



Nico Wennmacher: „Das Rentensystem vollständig erhalten“

Wie wichtig sind Rentner für eine Gewerkschaft, welche Rolle spielen sie ganz allgemein in der Gesellschaft? Und wie sehen die Rentner von heute die Austeritätsmaßnahmen der Regierung? Über diese und andere Fragen hat das Tageblatt sich mit Nico Wennmacher, Präsident des Sektors Pensionierte des FNCTTFEL-Landesverbandes, unterhalten.

**Tageblatt:** Herr Wennmacher, unabhängig davon, dass die Rentner innerhalb des Landesverbandes zahlenmäßig sehr stark vertreten sind, welche Rolle, würden Sie sagen, spielen die Pensionäre in der Funktionsweise der Gewerkschaft?

**Nico Wennmacher:** „Zuerst einmal muss man sagen, dass sich die Rentner im Landesverband durch ein sehr starkes Zugehörigkeitsgefühl auszeichnen. Das Gewerkschaftsleben ist ein großer Teil ihrer eigenen Biografie. Mit dem Renteneintritt hört das Gewerkschaftsleben demnach nicht einfach auf, sondern es geht ganz normal weiter. Das, was bei den

Aktiven passiert, hat schließlich auch in vielen Fällen direkte Auswirkungen auf die Rentner. Hinzu kommt, dass aufgrund ihrer jahrzehntelangen gewerkschaftlichen Erfahrung – sei es im sozialen, im transportpolitischen oder sonst einem Bereich – die Pensionäre für den Verband von enormer Wichtigkeit sind. Ihr Einsatz ist neben der Weitergabe ihres Wissens aber auch wichtig, damit kein Bruch in der Gewerkschaft entsteht.“

**„T“:** Um zu aktuellen Themen zu kommen: Was sagen Sie denjenigen, die behaupten, dass es einfach zu viel des Guten wäre – auch und insbesondere im Sinne der zukünftigen Generationen –, wenn Rentner sowohl in den Genuss des „Ajustement“ als auch der Indexanpassung kämen?

**N.W.:** „Der Weg hin zu dem – guten – Rentensystem, wie wir es heute haben, war lang und steinig. Das System ist nicht vom Himmel gefallen. Und ein Bestandteil dieser Errungenschaft ist eben die Rentenanpassung. Uns als Rentnern geht es vordergründig darum, dass die über Jahrzehnte hinweg erkämpften Errungenschaften auch für die kommenden Generationen erhalten bleiben. In diesem

Sinne ist es dann auch falsch, zu behaupten, die Forderung der Rentner nach dem ‚Ajustement‘ sei rein egoistisch.

**„Wir Rentner sind alles andere als egoistisch“**

Es kann nicht sein, dass die heutige Jugend in ein paar Jahren wieder da beginnen muss, wo wir im Bereich der sozialen Sicherheit schon einmal vor 100 Jahren standen. Das ist eine unserer momentanen Hauptsorgen. Zumal in ganz Europa derzeit die Krise als Vorwand genutzt wird, um die Sozialsysteme nach unten anzupassen. Alt und Jung müssen sich gemeinsam gegen diese Entwicklung zur Wehr setzen.“

**„T“:** Allgemein kann man aber den Eindruck erhalten, dass es vorwiegend die jetzigen Rentner sind, die sich für den Erhalt des Systems und gegen die geplante Reform einsetzen. Kaum Jugendliche, die aber wohl die Hauptbetroffenen von etwaigen Verschlechterungen sein werden ...

**N.W.:** „Das scheint in der Tat so zu sein. Zumindest bei den Jugendlichen, die nicht gewerkschaftlich aktiv sind.“

Eine mögliche Erklärung hierfür ist meiner Meinung nach, dass die Jugend derzeit eine ganze Reihe Probleme hat, die sich zusätzlich zur Rentenproblematik stellen. Ich denke zum Beispiel an die erschreckend hohe Jugendarbeitslosigkeit, an den Druck, der in vielen Unternehmen auf die Arbeitsbedingungen ausgeübt wird, sowie die quasi stagnierende Lohnentwicklung. Aufgrund dieser Umstände ist das Rentenproblem wohl bei vielen jungen Arbeitnehmern nicht so präsent.“

**„T“:** Sie haben den Druck auf die Jugendlichen angesprochen. Ist dieser heute höher als noch vor 20, 30 Jahren?

**N.W.:** „Früher gab es sicherlich auch Zeiten, in denen aufgrund wirtschaftlicher und/oder sozialer Probleme der Druck punktuell sehr hoch war. Momentan ist es aber so, dass der Druck nicht nur sehr hoch, sondern vor allem permanent, über eine lange Zeitspanne hinweg, sehr hoch ist.“

**„T“:** Oft wird auch von verschiedenen Seiten zur Rechtfertigung diverser Forderungen nach der Kürzung bzw. Nichtanpassung der Renten das Argument angeführt, dass es keine Altersarmut in Luxemburg gebe, Armut in den jüngeren Altersklassen indes schon ...

**N.W.:** „Wenn wir keine Altersarmut haben, dann ist dies an erster Stelle erst einmal ein Erfolg, der sicherlich durch das relativ gute Rentensystem in Luxemburg bedingt ist und den wir deshalb auch

mit allen Mitteln bewahren wollen. Hinzu kommt, dass die Situation sich zum Beispiel bei den Alleinerziehenden, die besonders von Armut bedroht sind, nicht dadurch zum Besseren wenden würde, indem wir den Rentnern etwas wegnehmen würden.“

Die Frage, die sich in Luxemburg in Bezug auf das Armutsrisiko vor allem bei jungen Menschen stellt, ist die Frage der Lebenshaltungskosten. Hier muss der Hebel angesetzt werden.

Es wurde zwar viel angekündigt, umgesetzt aber nur sehr wenig. Ich befürchte, dass sich mit den beschlossenen Indexmanipulationen die Situation nicht verbessern, sondern an dieser Stelle, ganz im Gegenteil, noch verschlechtern wird.“

**„T“:** Als Gewerkschaft lehnen Sie die Rentenreform, die in der vorliegenden Form über die Diskussionen um die Rentenanpassung hinausgeht, ab?

**N.W.:** „Wie ich bereits gesagt habe, geht es uns in erster Instanz darum, das System allgemein für die kommenden Generationen zu erhalten. Sorgen bereitet uns aber auch die geplante Verlängerung der Lebensarbeitszeit. Vor allem in Bezug auf die besonders gefährlichen oder gesundheitlich fordernden Berufe. Das Rentenalter soll einfach heraufgesetzt werden, ohne die jeweiligen Arbeitsbedingungen zu berücksichtigen. Jedenfalls wurde in diesem Zusammenhang noch nichts vorgelegt. Zusätzlich zu dem sich durch einen immer höheren Renteneintritt stellenden Sicherheitsproblem (sehr akut im Eisenbahnbereich), muss man beachten, dass durch längere Arbeitszeiten auch weniger Stellen für junge Menschen frei werden.“

**„T“:** Wie stehen Sie zu einem etwaigen progressiven Übergang vom Berufsleben in die Pensionierung?

## Äddi Paul

Am vergangenen 24. März 2012 hat uns unser Freund und Gewerkschaftskollege Paul Kieffer für immer verlassen. Kollege Paul wurde am 1.4.1937 in Kopstal geboren. Er war verheiratet mit Marie Eischen und Vater einer Tochter.

Seine Berufslaufbahn nahm ihren Anfang am 1.12.1954 bei den Eaux et Forêts, bevor er am 28.9.1964 bei der Eisenbahn als „journalier – manoeuvre“ im Gleisunterhaltungsdienst, in Mamer, eingestellt wurde. Bereits am 1.10.1964 erfolgte die Ernennung als „Homme d'équipe à l'essai“ und ein Jahr später die definitive Aufnahme in das ständige Personalkader als „Homme d'équipe“.

Paul war stets als jovialer hilfsbereiter Arbeitskollege bekannt und beliebt. Er arbeitete auf verschiedenen Außendienststellen im Gleisunterhaltungsdienst. Er wurde während seiner Laufbahn u.a. als „Agent en second“ und Zugführer ausgebildet. Verschiedene Laufbahnprüfungen absolvierte er erfolgreich, was den beruflichen Aufstieg zum „Monteur Voie ppa“ bewirkte.

Am 15. 10.1990 erhielt unser Freund Paul, aus gesundheitlichen Gründen, eine Versetzung in die Generaldirektion. Auch hier erinnern sich die Kolleginnen und Kol-

**N.W.:** „Solche Modelle sind sicherlich nicht von der Hand zu weisen, im Sinne der Unternehmen, aber eben auch im Sinne der Arbeitnehmer. Allerdings müssen diese erst einmal ausgearbeitet und im Detail diskutiert werden. Bislang ist aber auch in dieser Richtung noch nichts passiert; die Regierung redet nur von einer einseitigen Verlängerung der Lebensarbeitszeit oder aber von einer Kürzung der Rente.“

**„T“:** Wie schätzen Sie die aktuelle Situation in Europa ein? Stichwort Schuldenkrise, Stichwort François Hollande ...

**N.W.:** „Mittlerweile sollte dem Letzten klar sein, dass die in Europa ergriffenen Austeritätsmaßnahmen, wie Lohnkürzungen, das Heraufsetzen des Rentenalters usw. nicht den gewünschten Erfolg hatten, ja sogar kontraproduktiv waren und sind.“

In diesem Sinne ist die Wahl François Hollandes sicherlich ein Lichtblick, der Anlass zur Hoffnung gibt. Allerdings heißt das nicht, dass die Gewerkschaften, die Hände in den Schoß legen sollen. Ganz im Gegenteil. Gerade jetzt ist es wichtig, zu mobilisieren. Damit es wirklich zu einer anderen Politik kommt. Bislang wird nämlich nur von Wachstum geredet. Nicht gesagt wurde aber bisher, wie dieses Wachstum aussehen bzw. erreicht werden soll.

Ein wichtiges Element hier ist in meinen Augen, dass den Menschen das Vertrauen in die Politik, in die Wirtschaft zurückgegeben wird. Auf europäischer, aber auch auf nationaler Ebene. Dies erreicht man jedoch nur durch vertrauensbildende Maßnahmen wie einer kontinuierlichen Lohnpolitik, hohen Investitionen und eine Verbesserung der Dienstleistungen, zum Beispiel im Bereich des öffentlichen Transports.“

Tom Wenandy, Tageblatt

## Nachruf

## Soziales

### La Chambre des salariés nous informe

#### Lancement: aperçus de jurisprudences

La Chambre des salariés tient à vous informer que dans le cadre de l'élaboration de ses InfoJuridiques reprenant des jurisprudences récentes en matière de droit social, elle va procéder à des intervalles irréguliers à l'élaboration d'aperçus de jurisprudences thématiques, téléchargeables via son site internet: [www.csl.lu/publications-csl](http://www.csl.lu/publications-csl) ou [www.csl.lu/jurisprudence](http://www.csl.lu/jurisprudence). Les Jurisprudences seront également transmises automatiquement aux abonnés des Newsletters de la CSL. (Pour s'abonner aux Newsletters, il suffit d'envoyer une demande à l'adresse: [csl@csl.lu](mailto:csl@csl.lu)).

Le premier numéro est consacré aux jurisprudences concernant des licenciements pour raison économique.

Nach seiner Pensionierung wurde Paul Mitglied im Vorstand des Sektors Pensionierte. Er fehlte bei keiner Veranstaltung und legte stets Hand mit an wenn etwas zu erledigen war. Als Vertreter der Pensionierten war Paul bis zum Schluss Mitglied im Verbandsrat.

Mit Paul verlieren wir einen überzeugten und aktiven Gewerkschaftsmilitanten.

Paul wir werden dich nicht vergessen. Deiner Familie entbieten wir unser tief empfundenes Beileid.

Nico Wennmacher



Europäisches und mehr

# Realitäten wie man sie liest, hört, sieht und erlebt



so ist es ebenso unzweifelhaft, dass dadurch Handel, Handwerk und Bauunternehmer, um nur die zu nennen, weniger Geschäfte machen, weniger Leute beschäftigen, und dass schlussendlich ein Teil der dadurch vermeintlich vom Staat gesparten Haushaltsmittel, durch die weniger eingezogenen Steuern wieder verloren geht. Die Politik belügt sich selbst.

## Der Finanzminister verbreitet Angst

Aber was soll's? Obschon unser Land im europäischen Vergleich gar nicht so schlecht da steht, macht unser tüchtiger Finanzminister das alles mit, und noch viel mehr! Er macht den Bürgern Angst. Er will unbedingt der Beste im Reigen der europäischen Finanzminister sein, derjenige der die neoliberalen europäischen Empfehlungen am schnellsten umsetzt. So schnell, dass sogar sein Mannschaftskapitän ihn manchmal zurückpfeifen muss, und der eine oder andere Ministerkollege trotz Regierungssolidarität sein Unverständnis nicht verbergen kann. Oder soll die Methode etwa ein Politspiel zwischen Finanzminister und Premier sein um das verunsicherte Volk dazu zu bringen weitere negative Maßnahmen tapfer und ohne lautes Aufmucken zu ertragen?

Da sollte man sich aber bitte nicht irren. Die Gewerkschaften passen schon auf und können, wenn es denn nötig ist, bereits in einigen Monaten so viel Dampf ablassen, dass den Regierenden Angst und Bange um ihr politisches Überleben werden könnte. Die drei Sektorenkonferenzen des Landesverbandes - Eisenbahnen, Öffentlicher Dienst und Pensionierte - haben eine deutliche Sprache gesprochen.

Der neue französische Präsident hat mit seiner Ansage einer zukunftsversprechenderen Politik in der EU viele Freunde in den anderen Mitgliedstaaten gefunden. Auch Luxemburg sollte auf den Zug aufspringen und zusammen mit der französischen und anderen Regierungen Mittel und Wege finden mit denen der neoliberalen Austeritätspolitik, die heute noch, aber nicht nur, von Deutschland gesteuert wird, Einhalt geboten werden kann, und dann kräftig gegensteuern um aus der Falle der weiter anwachsenden Verarmung wieder herauszukommen.

## Rückendeckung

Rückendeckung für ihre Haltung gegen die momentan betriebene antisoziale Politik haben die Gewerkschaften vor einigen Tagen vom luxemburgischen Außenminister erhalten. Bei dem Treffen der EU-Außenminister am 26. Juni, ließ Luxemburgs Vize-Regierungschef im Protokoll der Tagung des Ministerrates festhalten, dass die luxemburgische Regierung mit der Empfehlung der EU-Kommission, weitere Änderungen unseres Indexsystems vorzunehmen und gesetzlich festzuschreiben, dass auch nach 2014 jährlich nur eine Indextranche ausbezahlt werde, nicht einverstanden sei. „Unsere Politik bringt Europa nicht in Gefahr. Ich glaube nicht, dass durch den Inflationsausgleich die Wirtschaft auf den Kopf gestellt wird“, sagte Jean Asselborn.

Zusammen mit Belgien, Deutschland und Italien, hat Luxemburg sich dafür eingesetzt, dass der EU-Rat der Sozial- und Arbeitsminister in Zukunft eine stärkere Rolle beim sogenannten Europäischen Semester spielen müsste. Die Entscheidungen über die Empfehlungen der EU-Kommission an die

EU-Staaten, unter anderem über Renten- und Gehälterfragen, dürfen nicht ausschließlich dem Rat der Wirtschafts- und Finanzminister (Ecofin-Rat) überlassen werden, so Minister Mars Di Bartolomeo, der gemeinsam mit Minister Nicolas Schmit an einer Ratssitzung der europäischen Sozial- und Arbeitsminister teilnahm. Letztere könnten „Elemente in die Debatte einbringen, die nicht nur durch die Brille des Buchhalters betrachtet werden.“

## Mit europäischer Wachstumspolitik gegen Armut und Arbeitslosigkeit

Die Wirtschaft muss wieder wachsen. Der übertriebenen Sparpolitik muss eine europäische Wachstumspolitik folgen. Nur dann kann die Armut und die Arbeitslosigkeit aktiv bekämpft werden. Es ist eine Schande, dass im sogenannten reichen Europa immer mehr Menschen wegen der Aussichtslosigkeit ihrer Lage, sich das Leben nehmen. Selbstmord hat sich zu einem echten Gesellschaftsproblem entwickelt. Anstatt die Menschen durch eine falsche Politik immer mehr zu Boden zu drücken, sind die politischen Verantwortlichen gefordert durch ihre Worte und Taten Hoffnung zu verbreiten. Jeder hat das Recht auf eine bessere Zukunft für sich und seine Familie zu hoffen. An den europäischen Regierungen ist es dies zu beherzigen und ihr Bestes zu geben um die berechtigten Hoffnungen der Bürger Realität werden zu lassen. Ansonsten geht Europa kaputt.

Heute verfügen Millionen Väter und Mütter nicht mehr über genügend Mittel um sich und ihre Kinder gesund ernähren zu können. Hunderttausende, meist ältere Menschen, durchwühlen die öffentlichen Mülleimer in der Hoff-

nung noch etwas Essbares herausfischen zu können.

Derweil eine Minderheit in Saus und Braus lebt und ungeniert das Dasein genießt, stehen andere am Straßenrand und betteln sich Tag für Tag durch ihr armseliges Leben durch.

Haben wir uns so das gemeinsame Europa erträumt? Mitnichten! Für uns sollte Europa sich zu einer friedlichen Solidargemeinschaft entwickeln, eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen erwirken, gleiche Rechte, Steuergerechtigkeit, Preiswahrheit, faire Einkommen für Aktive und Ruheständler, u.v.m. Und was erleben wir heute? Für die einen Enttäuschung und Not. Für die anderen maßloser Reichtum, angehäuft durch nicht erfasste oder abgabefreie Gewinne bei Spekulations- und anderen Kapitalgeschäften, durch skandalös hohe Gehälter, Boni usw. für wenige Auserwählte, wie z.B. die milliardenschweren griechischen Reeder, aber auch die bevorteilten hunderte Gesellschaften die in Luxemburg keine Steuern zahlen, und zu denen sicherlich auch die Immobilien- und Spekulationsgeschäfte zählen, deren Resultate genauestens analysiert und endlich auch steuerlich erfasst werden müssten.

Letzteres würde der Staatskasse bestimmt gut tun und die Moral der Mehrheit der Bevölkerung verbessern. Und der Finanzminister könnte ja dann vielleicht auf weitere Sparansagen verzichten, wenn er es denn wollte.

Roby Meis

Communiqué de presse

# Droit à l'avortement menacé en Turquie

Fin mai, le Premier ministre de la Turquie, Recep Tayyip Erdogan, annonça de vouloir changer substantiellement la loi en vigueur depuis 1983 sur l'avortement.

Avec un argumentaire nataliste, le leader du parti conservateur AKP envisage de réduire le délai à respecter pour avoir recours légalement à une IVG à quatre semaines respectivement d'interdire une IVG si la grossesse ne présente pas une menace pour la vie de la mère. Cela revient pratiquement à une interdiction de l'IVG. Le Collectif «Si je veux - pour l'autodétermination de la femme» et l'organisation Cid-femmes appellent les responsables politiques du Luxembourg, notamment le Ministre des Affaires étrangères, M. Asselborn, et la Ministre de l'Egalité des chances, Mme Hetto-Gaasch, d'intervenir dans les meilleurs délais et avec fermeté auprès de leurs homologues turcs leur demandant d'abandonner ce projet et de respecter les droits fondamentaux des femmes.

En Turquie, un grand nombre d'organisations de femmes manifeste publiquement son opposition à la démarche d'Erdogan. Les femmes turques ont lancé un appel à la solidarité internationale demandant de faire pression sur le gouvernement turc et de signer une pétition en ligne, qui, le 8 juin vers 15 heures, a recueilli environ 50.000 signatures de personnes privées et le support de plusieurs



centaines d'organisations venant du monde entier!

Les femmes turques rejettent le projet et réclament une meilleure prévention et éducation sexuelle et affective. Les médecins craignent qu'une restriction de l'IVG ne fasse augmenter des IVG clandestines et dangereuses pour les femmes.

Le Collectif „Si je veux“ et le Cid-femmes supportent le mouvement turc et international et ont appelé

leurs membres et sympathisants à signer la pétition.

L'attaque d'Erdogan contre un droit fondamental des femmes en matière de sexualité et de santé reproductive démontre que la vigilance s'impose pour éviter toute forme de régression de nos droits: celui d'être maître de son propre corps, de choisir sa vie, de poursuivre une grossesse (ou pas) et de décider seule (ou avec son partenaire). C'est un droit fondamental des femmes.

## Ministres luxembourgeois(es) appelé(e)s à intervenir

Au Luxembourg, le gouvernement est également en train de réformer la législation sur l'avortement. En le qualifiant d'atteinte à l'autodétermination de la femme, le Collectif et ses membres critiquent notamment l'obligation d'une deuxième consultation pour toute femme qui souhaite avoir recours à une IVG.

Cid-femmes

## L'avortement

L'avortement doit être accessible à toutes les femmes.

Cela suppose une accessibilité géographique, financière... ainsi qu'un accompagnement des femmes et des hommes qui le souhaitent.

Des campagnes d'information tous publics sont nécessaires.

Afin d'informer, de dédramatiser et de déculpabiliser. L'accès à la contraception et à l'avortement sont des questions de santé publique et des enjeux de société.

## Éducation des élèves

L'éducation à la vie sexuelle doit être prodiguée à tous les élèves pour qu'ils puissent poser des choix libres et éclairés.

Formation des professionnels/les de santé.

La transmission des techniques d'avortement doit faire partie intégrante de la formation des professionnels/les du monde médical. L'avortement est un choix personnel.

Cette liberté de choix doit être protégée.



Guy Ryder folgt im Oktober als zehnter Generaldirektor auf Juan Somavia

## ILO wählte neuen Generaldirektor

Ende Mai hat die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) den Engländer Guy Ryder zum zehnten Generaldirektor gewählt. Ryder, bisher ILO-Exekutivdirektor für internationale Arbeitsstandards und die grundlegenden Prinzipien und Rechte bei der Arbeit, wird seine fünfjährige Amtszeit im Oktober 2012 antreten. Der bisherige Generaldirektor, der Chilene Juan Somavia, hatte im vergangenen Jahr seinen vorzeitigen Rücktritt aus persönlichen Gründen angekündigt.

„Ich freue mich wirklich sehr über diese Chance: Jetzt mitten in der Krise ist dies eine enorme Gelegenheit, um das Leben von Millionen Menschen zum Besseren zu verändern“, sagte der designierte Generaldirektor. „Ich danke den Mitgliedern des Verwaltungsrates



für ihr Vertrauen. Die Bedeutung der heutigen Ereignisse wird einmal danach beurteilt werden, was wir tun – nämlich Menschen und die Welt der Arbeit in den Mittelpunkt unserer Tätigkeiten zu stellen.“

Der 1956 in Liverpool geborene Ryder war zunächst für den britischen Gewerkschaftsverband TUC tätig. Karrierestationen: 1985 FIET, 1988 IBFG-Büro in Genf, 1998 ILO. 2002 wurde er zum Generalsekretär des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften mit Sitz in Brüssel gewählt. Während seiner Amtszeit in der belgischen Hauptstadt hat er keine Mühen gescheut die internationalen Gewerkschaftsstrukturen zu reorganisieren. So ist es ihm denn auch 2006 gelungen IBFG und WVA (Weltverband der Arbeitnehmer) zusammenzubringen und einen neuen Bund zu gründen, nämlich den Internationalen Gewerkschaftsbund, zu dessen 1. Generalsekretär er dann auch gewählt

wurde. Guy Ryder leitete bis 2010 den IGB und wurde dann Exekutivdirektor der ILO. Im gleichen Jahr zählte der IGB über 176 Millionen Mitglieder in 308 Gewerkschaftsbünden und 151 Ländern. Seit der Gründung dabei sind sowohl die freien (OGB-L und Landesverband) und christlichen (LCGB) Gewerkschaften.

Der Verwaltungsrat, das Exekutivorgan der Internationalen Arbeitsorganisation, wählte Ryder in geheimer Abstimmung mit 30 von insgesamt 56 Stimmen zum Generaldirektor. Der Verwaltungsrat besteht zur Hälfte aus Regierungsvertretern und zur anderen Hälfte zu jeweils gleichen Teilen aus Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen der ILO-Mitgliedstaaten. Acht weitere Kandidaten waren zur Wahl angetreten.

Guy Ryder

Österreichische Gewerkschaften nehmen Stellung zum EU-Eisenbahnpaket

## Recast, keine große Errungenschaft

vida-Hebenstreit: Kaum Fortschritte bei Sicherheit, Kontrollen und EU-weiter Harmonisierung.

VertreterInnen von Europäischem Parlament, Mitgliedstaaten und EU-Kommission einigten sich Mitte dieser Woche auf einen Kompromisstext für die Neufassung (Recast) des ersten EU-Eisenbahnpakets. Der Text beinhaltet aus österreichischer Sicht keine wesentlichen Verbesserungen, zeigt sich der Vorsitzende des Europäischen Betriebsrats des ÖBB-Konzerns und vida-Gewerkschafter Roman Hebenstreit enttäuscht.

Ungeachtet des negativen Votums der Delegationen aus Österreich, Deutschland, Luxemburg, Polen und Estland soll über den Text in der ersten Juli-Woche im Plenum des Europäischen Parlaments abgestimmt werden. Insbesondere in Fragen der Sicherheit im Eisenbahnverkehr, bei der Erfassung von Sicherheitsstandards und deren Kontrolle sowie der Ausbildung

von EisenbahnerInnen bleibe die Einigung hinter den Erwartungen zurück, so Hebenstreit. Im Kompromisstext finde sich keinerlei Ansatz, wie diese Bereiche EU-weit zu harmonisieren wären.

Ein weiterer Kritikpunkt betrifft die Bestimmungen zur Finanzierung der Infrastrukturbetreiber. „Die angemessene Finanzierung der Infrastrukturbetreiber ist nur eine Option und keine Verpflichtung“, kritisiert Hebenstreit.

Dass die Mitgliedstaaten künftig Verkehrsunternehmen mit Zuschlägen bestrafen können, wenn deren Wagenmaterial höheren Lärm verursacht, sei ebenfalls eine bedenkliche Bestimmung, sagt der Betriebsratsvorsitzende: „Denn wenn bei der Trassenpreiskalkulation eine Lärmkomponente möglich ist, mit der Netzbetreiber den Einsatz leiser Waggons und Loks belohnen und den Einsatz von lauten Fahrzeugen bestrafen dürfen, droht eine Verteuerung und damit ein Wettbewerbsnachteil der Schiene gegenüber der Straße.“

### Mindestdienstleistungen bei Streiks vom Tisch

Zu begrüßen sei, so Hebenstreit weiter, dass der Text im Streit über das vermeintlich beste Bahnmodell für Europa nicht Partei ergreift. Entsprechende Vorstöße aus den Reihen des Parlaments haben weder dort noch im Rat eine Mehrheit gefunden. Dass die ursprüngliche Forderung nach Mindestdienstleistungen bei Streiks gefallen ist, sei erfreulich und ganz eindeutig das Verdienst der Gewerkschaften.

### Vollständige Trennung Infrastruktur und Betrieb nur vertagt

Zwar wurden nun die Themen Trennung von Schienennetz und Bahnbetrieb und weitere Liberalisierung des inländischen Personenverkehrs aus dem Kompromisspapier herausgenommen, gleichzeitig ist aber die EU-Kommission aufgefordert worden, bis spätestens Ende 2012 zu diesen beiden Bereichen einen neuen Ge-

setzesvorschlag zu erarbeiten. Konkret soll der nationale Personenverkehr auf der Schiene in seiner Gänze dem Wettbewerb unterworfen werden. Eine vollständige Trennung von Infrastruktur und Betrieb soll weiterer Inhalt sein. Dieser Schritt würde das Aus der integrierten Eisenbahnunternehmen bedeuten, warnt der Betriebsratsvorsitzende.

„Die weitere Liberalisierung hängt wie das sprichwörtliche Damoklesschwert nur an einem dünnen Faden über den Beschäftigten der Branche“, skizziert Hebenstreit. „Denn die EU-Kommission kennt in ihrer Bahnpolitik nur eine Richtung: gute öffentliche Dienstleistungen in öffentlicher Hand mit öffentlichen Bediensteten ausbluten zu lassen.“

Alle bisherigen Liberalisierungsschritte wirkten sich klar negativ auf die Beschäftigten aus und nun wolle man über den Weg der weiteren Liberalisierung die öffentlichen Dienstleistungen immer mehr dem Wettbewerb freigeben.

„Diese Politik prekarisiert den öffentlichen Dienstleistungssektor“, sagt Hebenstreit.

Die Liberalisierung im Eisenbahnsektor schade aber nicht nur den Beschäftigten, sondern auch der Bevölkerung. Denn statt der Entwicklung eines flächendeckenden Öffi-Angebots stehe dann die Gewinnorientierung im Vordergrund. Auch das von der EU-Kommission ursprünglich angeführte Ziel der Liberalisierung, mehr Verkehr von der Straße auf die Schiene zu bringen, sei klar verfehlt worden. „Es wäre höchst an der Zeit, die Strategie zu überdenken anstatt die Liberalisierung weiter als Selbstzweck voranzutreiben“, meint Hebenstreit und ergänzt: „Wenn das so weitergeht, werden wohl die EisenbahnerInnen klar machen müssen, dass die BürgerInnen in Europa ein Recht auf gute öffentliche Verkehrsdienstleistungen haben.“

Wien (vida/ÖGB)

Internationale Fachkonferenz vom 20.-21. Juni in Berlin über die Perspektive des Schienengüterverkehrs in Europa

## Schienengüterverkehr in der Diskussion

Die EVA Akademie für umweltorientierten Verkehr und die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft Deutschland hatten am 20. und 21. Juni nach Berlin zu einer internationalen Fachkonferenz über die Perspektiven des Schienengüterverkehrs in Europa eingeladen.

Die Konferenz hatte zum Ziel für eine starke Rolle des Schienengüterverkehrs zu werben und notwendige Schritte aufzuzeigen, um die Schiene als Verkehrsträger zu stärken.

### Die Konferenz war auf vier wichtige Fragen ausgerichtet

Das kooperative System der vormaligen Staatsbahnen wurde abgelöst von einem System konkurrierender Güterbahnen, die sich immer mehr europäisch ausrichten. Der Einzelwagenverkehr, eine tragende Säule des Schienengüterverkehrs, droht dabei unterzugehen.

Ist dieses Konkurrenzmodell tatsächlich sinnvoll, um mehr Güter auf die Schiene zu bringen?



Die Schieneninfrastruktur ist nicht auf Wachstum ausgelegt. Insbesondere in Deutschland, dem europäischen Drehkreuz des Schienengüterverkehrs, werden Infrastrukturengpässe immer offensichtlicher. Welche Initiativen wer-

den eingeleitet, um eine leistungs- und wachstumsorientierte Schieneninfrastruktur auf den Weg zu bringen?

Die demographische Entwicklung in Europa wird zu einem spürbar-

ren Fachkräftemangel führen. Im Wettbewerb mit anderen Sektoren um die besten Köpfe, müssen die Beschäftigungsverhältnisse im Schienengüterverkehr deutlich attraktiver werden. Wie kann dies in Konkurrenz mit anderen Branchen realisiert werden?

Die Schiene ist ein sicherer Verkehrsträger. Damit das so bleibt, muss deutlich mehr in die Ausbildung investiert werden. Welche Mindestqualifikationen werden für welche Berufsbilder verbindlich festgelegt?

Sieben Redner traten auf. Alex Kirchner, Vorsitzender der EVG, Martin Burkert, Vorstandsmitglied der EVG und Alois Weis, Geschäftsführer der EVG hielten die Impulsreferate.

Unser Präsident Guy Greivelding, in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Sektion Eisenbahn der ETF nahm aus gewerkschaftlicher Sicht Stellung zu dem was getan werden muss, um den Schienengüterverkehr zu stärken (siehe auch Leitartikel).

Redner aus der Politik, des deutschen Verkehrsunternehmenver-

bandes und einem Logistikinstitut beschäftigten sich mit der Entwicklung des grenzüberschreitenden Schienengüterverkehrs in Ost- und Südosteuropa.

In einer abschließenden Podiumsdiskussion wurden die Anforderungen an einen leistungsstarken grenzüberschreitenden Schienengüterverkehr mit attraktiven Beschäftigungsbedingungen für die Arbeitnehmer richtungsgebend beleuchtet.

In ihrer Schlussfolgerung war die Konferenz sich einig, dass noch viel getan werden muss, sowohl im infrastrukturellen als auch im organisatorischen Bereich, um dem Güterverkehr eine positive Perspektive zu schaffen. Insbesondere wurde auch die wichtige Rolle der Beschäftigten hervorgehoben. Ohne diese würde die Bahn nicht funktionieren. Sie sorgen für einen guten Verkehrsablauf, für Qualität und Sicherheit. Arbeitnehmerschutz, abgesicherte Arbeitsplätze, eine gute Entlohnung und beste Arbeitsbedingungen müssen für diese wertvolle Arbeit ihr Lohn sein.



Generalversammlung der Vereinigung Wasserbillig

# Öffentliche Dienstleistungen sichern sozialen Frieden



Der Verwaltungsrat der Vereinigung mit den Geehrten

Anlässlich der diesjährigen Generalversammlung konnte Präsident Raymond Frank Verbandspräsident Guy Greivelding sowie den Ehrenpräsidenten der Vereinigung André Mantz begrüßen. Die Kontrollkommission war durch den Kameraden Erny Schreiner vertreten.

Martine Gorges trug den Tätigkeitsbericht vor. Diesem war zu entnehmen, dass die Vereinigung bei sämtlichen Organisationen des Landesverbandes vertreten war. Jeannot Weicker stellte den Finanzbericht vor und gab detaillierte Aufklärung über die Ein- und Ausgaben.

Die Kontrollkommission hatte sich von der ordnungsgemäßen Buchführung überzeugt. Erny Schreiner bat die Versammlung dem Kassierer Entlastung zu gewähren.

### Die Berichte wurden mit Applaus angenommen

Der Vorstand der Vereinigung Wasserbillig setzt sich aus Raymond Frank, als Präsident, Martine Gorges als Sekretär, Jeannot Weicker als Kassenwart sowie den beisitzenden Mitgliedern Théo Jaekels, Serge Roob, Josy Bourgraff, Gust Stefanetti zusammen.

Guy Greivelding überbrachte die Grußbotschaft der Verbandsleitung und bestätigte die aktive Präsenz der Vereinigung Wasserbillig bei den Veranstaltungen des LV. In seinem gewerkschaftlichen

Referat beleuchtete der Präsident des LV die aktuellen gesellschaftspolitischen Themata. Er erläuterte die verschiedenen geplanten Maßnahmen und deren Auswirkungen, sprich Einbußen und Sonderabgaben für die Beschäftigten, im öffentlichen Dienst sowie für die Pensionierten. Er warnte eindringlich vor dem schleichenden Abbau effizienter öffentlicher Dienstleistungen auf welche interessierte Kreise, namentlich aus der industriellen Ecke, schielen.

### Mitglieder wurden geehrt

Für 20-jährige Mitgliedschaft: Josy Bourgraff, Pierre Demuth, Jean Kohn, Roland Reuland und Christian Wegner. Für 30-jährige Mitgliedschaft: Alfred Gaspar und für 40-jährige Mitgliedschaft: Johnny Dostert, Jean Gorges und Fernand Schons.

Da der Landesverband sich im Besonderen auf die Unterstützung der Parteien - welche für den Erhalt aller öffentlichen Dienstleistungen und den Ausbau des öffentlichen Transportes eintreten - verlassen muss, war unsere Gewerkschaft entsetzt über die Haltung der Oeko-Partei, welche für die Auslagerung öffentlicher

Dienstleistungen, das Leistungsprinzip und das Bewertungssystem im öffentlichen Dienst eintritt. Des Weiteren bevorzugten die „Grünen“ einen Betrieb der Trambahn auf privatrechtlicher Basis, sollte sie denn eines Tages kommen. Weitere Themen im Referat von Guy Greivelding war die geplante Schließung von Fahrkartenschaltern bei der Bahn.

Raymond Frank informierte die Versammlungsmitglieder über den vorgesehen Ausbau der Infrastrukturen auf der Eisenbahnstrecke zwischen Wasserbillig und Trier, über das zukünftige Leistungsangebot und die betrieblichen Verantwortlichkeiten zwischen Luxemburg und Deutschland ab Dezember 2013.

Im zweiten Teil seiner Ausführungen ging er auf die zukünftige gewerkschaftliche Ausrichtung unserer Gewerkschaft im Allgemeinen und die Aufgaben der Vereinigungen im speziellen ein.

Unter Verschiedenes konnte der Präsident den teilnehmenden Mitgliedern mitteilen, dass der Vorstand beschlossen hat noch im Monat Juli einen zweitägigen Ausflug nach Straßburg sowie im Herbst eine Besichtigung des neuen Bahnhofs Lüttich zu organisieren.

Raymond Frank

Vereinigung Rümelingen

# Ausflug 2012 nach Echternach und Wellenstein

Der diesjährige Ausflug der Vereinigung Rümelingen findet statt am 19. August 2012 und führt nach Echternach und Wellenstein.

Auf dem Programm steht nach Abfahrt um 9.00 Uhr in Rümelingen und 9.10 Uhr in Kayl eine Stadt-Besichtigung "en petit-train" in Echternach bevor.

Gegen 12.00 Uhr dann ein gemeinsames Mittagessen (Crèmes de Légumes, Jambon Cuit avec Fèves de Marais et Pommes Sautées,

Crème Caramel, ¼ Wein und 1 Kaffee) in der „Hostellerie de la Basilique“, ebenfalls in Echternach.

Gegen 14.00 Uhr geht es dann weiter nach Wellenstein zur Besichtigung der "Caves Coopératives" mit Weinprobe.

Die Rückfahrt nach Kayl beziehungsweise nach Rümelingen erfolgt um 16.30 Uhr.

Auch Verbandsmitglieder die nicht der Vereinigung Rümelingen angehören können an diesem Ausflug

teilnehmen, jedoch zu einem Preis von 63€.

E. Kirsch

### Anmelden

Alle Vereinigungs- sowie Verbandsmitglieder sollten sich bis spätestens zum 3. August 2012 bei Edmée Kirsch unter der Telefonnummer 691 14 66 17 anmelden.

Déi nächst Concertë virun der Summerpau

# Matdeelung vun der Verbandsmusek



Déi nächst Concertë vun der Verbandsmusek virun der Summerpau sinn den:

- 8. Juli 2012 um Hamefest zu Lëntgen. Ufank vum Concert ass um 18.00 Auer „A Mouschelt“ zu Lëntgen

- 12. Juli 2012 op der Plëss an der Stad. Ufank vum Concert ass um 20.30 Auer

Mir si jiddefalls frou wann dir eis zahlreich ennerstëtze kommt a soen elo schons villmools Merci.

Edmée Pauly-Klein

Von bezahlter und unbezahlter Arbeit

# Zeitfragen sind Streitfragen



Am Mittwoch, dem 4. Juli 2012 um 20.00 Uhr laden die Stadt Luxemburg und das Cid-femmes zu einer Veranstaltung mit Heike Werner ein. Die Expertin für Frauen- und Genderpolitik diskutiert aktuelle Ansätze zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben, ein Thema, das alle Werktätigen betrifft.

Bei Arbeitszeiten geht es nicht nur um konkrete Stundenzahlen. Sie stehen immer in engem Kontext mit anderen wichtigen Fragen der Lebensgestaltung: Den Einkommens- und Lebensbedingungen, dem Zusammenleben mit anderen Menschen, der Leistungsfähigkeit, der Gesundheit und nicht zuletzt der Geschlechterfrage.

Viele Stunden die im „Privaten“ anfallen gehen immer noch auf das Konto von Frauen, wie die Versorgung von Haushalt, Kindern und Pflegefällen.

Heute sind neue Konzepte gefragt: Wie können sich Frauen- ohne schlechtes Gewissen und ohne Dauerüberlastung - beruflich entwickeln? Und: Wie können Männer dem veralteten Klischee des „Ernährers“ und „Hauptverdieners“ entkommen, und eine aktive Rolle in Haushalt, Familie und Pflege übernehmen?

Ob man es Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben nennt oder Work-Life-Balance, die Frage lautet: Wie kann es gelingen, unterschiedliche

Interessen und Bedürfnisse für beide Geschlechter unter einen Hut zu bringen? Und wo bleibt Zeit für gesellschaftliches Engagement?

Die Referentin und Gendertrainerin Heike Werner wird mit konkreten Beispielen auf die verschiedenen Aspekte eingehen und Lösungsansätze diskutieren.

Heike Werner ist Bereichsleiterin für Genderpolitik bei der Gewerkschaft ver.di. Zu ihren Schwerpunkten gehören Gender-Budgeting, das Projekt „Gender-Stress“ sowie Arbeits- und Gesundheitsschutz.

Conférence en allemand, service de traduction orale directe vers le français par l'Agence Interculturelle de l'ASTI asbl.

Org.: Cid-femmes und Stadt Luxemburg

### Konferenz

Mittwoch, den 4. Juli, 20:00 Uhr

Bibliothek Cid-femmes, 14, rue Beck, Luxemburg

Eintritt frei

Tel.: +352 24 10 95-1 // biblio@cid-femmes.lu // www.cid-femmes.lu



Seele

# Plastik

„Denn die Menschen ohne Seele mögen Dinge ohne Seele mögen Plastik Und sie mögen es so gerne, weil es ihnen so ähnelt dieses Plastik...“  
Aus dem Songtext von Jan Delay - Plastik

Die Wegwerfgesellschaft. Ein durchaus abwertender Begriff, der von Kritikern der Überfluss- bzw. Konsumgesellschaft geprägt wurde. Er bezeichnet eine Gesellschaft, die wesentlich durch eine sogenannte Wegwerfmentalität geprägt ist, das heißt eine Mentalität, die durch schnelles Konsumieren und Umweltverschmutzung geprägt ist. Mit durchaus nachhaltig negativer Wirkung. Die Wegwerfmentalität hat eine Tendenz zu Einwegprodukten, auch wenn es sich eigentlich um Gebrauchsgüter handelt, die den Charakter langfristiger Konsumgüter haben, und vernachlässigt das sorgsame Pflegen und Instandhalten von Objekten sowie eine auf Dauerhaftigkeit angelegte Produktion zugunsten des schnellen Ersatzes durch neue Güter. So eine etwas langatmige Definition. Es geht auch viel kürzer. In einem einzigen Wort, das diese bedauerliche Mentalität, diese moderne Denkart, die Anschauungsweise dieser, unserer Wegwerfgesellschaft bestens illustriert: Plastik!

Wir sprechen so gern von unserer Mutter Erde. Unser Planet, auf dem wir alle leben. Um den sich eine Minorität denkender und besorgter Zeitgenossen sehr viel sorgt, eine deutliche Mehrheit sich allerdings, salopp ausgedrückt, einen Teufel schert. Ein bedauerlicher Umstand, der in der Tat bestens in den Kontext unserer Wegwerfmentalität passt. Wir können in diesem Zusammenhang unsere Mutter Erde durchaus vergessen und von Mutter Plastik sprechen. Denn heute ist alles aus Plastik. Plastik - schön, cool, leicht, bequem und was sonst noch alles. Als Plastik, eigentlich Kunststoff, umgangssprachlich eben Plastik, bezeichnet man einen Festkörper, dessen Grundbestandteil synthetisch oder halbsynthetisch aus monomeren organischen Molekülen hergestellt wird. So eine technische Definition. Plastik. Segen und Fluch unseres Wohlstands. Nach dem Zweiten Weltkrieg erst trat dieses extrem vielseitige Erdölprodukt seinen Siegeszug über den Globus an. Bereits in den 1980er Jahren überholte die weltweite Produktion von Plastik jene von Stahl. Heute sind es jährlich geschätzte 250 Millionen Tonnen. Plastik - Verbrauchsgegenstand



Nummer 1 in vielen Ländern der Welt, verbrauchen wir doch beispielsweise um die 500 Milliarden Plastiktüten pro Jahr. Oder richtiger gesagt: Wir werfen sie weg! Beispiel USA, Abschreckungsland Number one auch in dieser Problematik: 60.000 Stück - alle fünf Sekunden! So Experten und Globalisierungskritiker, die uns allen beweisen wollen, wie weit uns unser sogenannter „Wohlstand“ in seiner wahren Konsequenz führen wird. Mit Sicherheit. Denn immer mehr und immer billiger hat seinen Preis. Wenn wir nämlich unseren Planeten weiterhin so ausbeuten wie bisher, werden wir bald merken, „dass man Geld nicht essen kann.“ Kurz zur Erinnerung: Die weltbekannte Weissagung der Cree-Indianer ist ein eingängiger Spruch der amerikanischen und westdeutschen Umweltbewegung, der auf die Umweltproblematik

aufmerksam machen sollte. Der O-Text lautete: „Erst wenn der letzte Baum gerodet, der letzte Fluss vergiftet, der letzte Fisch gefangen ist, werdet ihr merken, dass man Geld nicht essen kann.“ Viele von uns kennen diesen klassischen Aufkleber-Spruch bestens, doch was lehrt er uns? In unserer visierten Problematik Plastik hat sich diese Weissagung für die Albatrosse auf Hawaii schon heute auf grausame Weise erfüllt. Seit Menschengedenken sind diese Seevögel in großer Zahl im Norden des Ferienparadieses heimisch, denn die Küstengewässer bieten den Tieren reichlich Nahrung. Trotzdem verhungern und verdursten immer mehr dieser fantastischen Segler und trotz der Tatsache, dass der Mensch in keinem direkten Kontakt mit ihnen steht, sind wir Menschen schuld an ihrem qualvollen Tod. In ihren gefieder-

ten Körpern findet man scheinbar harmlose alltägliche Dinge menschlichen Daseins: schneeweiße Golfbälle, Plastikbesteck, Feuerzeuge, Gummireifen von Spielzeugautos, Plastiksoldaten... . Anklage des Irrsinns unserer eingangs zitierten Wegwerfgesellschaft. Plastik eben. Kurzfassung: Allein auf Hawaii fressen sich jedes Jahr über 200.000 Albatrosse am Überfluss einer auf Konsum konditionierten „Zivilisation“ zu Tode. Aber das schert uns nicht... Genau so wenig wie die Delphine, die vor Hawaiis Küsten mit Plastiktüten spielen, Plastik, das die Atemwege der Meeressäuger nicht selten verstopft. Plastik. Segen und Fluch unseres Wohlstandes, wie schon erwähnt. Plastik ist sehr billig in der Herstellung, extrem widerstandsfähig - doch biologisch nicht abbaubar. Und: das meiste davon landet irgendwann

einmal im Meer. Aus den Augen, aus dem Sinn. Die Weltmeere, gigantische Müllhalden. Wissenschaftler hatten schon 1988 vorausgesagt, dass in den Weltmeeren Regionen entstehen würden, die gigantischen Müllhalden gleichen. Umweltschützer witzeln sarkastisch, sie brauchten nicht mehr einkaufen zu gehen, denn früher oder später schwimme auf den Meeren sowieso alles vorbei. Sollte man darüber wirklich lachen? Gefahr Plastik. Denn Plastik vermodert nicht und löst sich auch nicht auf, sondern verbröckelt bloß in so winzige Teile, dass wir es nicht mehr sehen. Das geschieht in der Erde ebenso wie im Meer. Nimmt man nun Wasserproben, so offenbart sich eine trübe Brühe. Unter starker Vergrößerung wird aus dieser gallertartigen und ekligen Masse ein Meer von winzigsten Plastikkrümelchen. Und das ist, so Wissenschaftler explizit, verheerend! Je kleiner nämlich die Plastikpartikel sind, desto höher ist die Giftkonzentration in ihnen. Also Plastik ist gleich Gift! Wie Schwämme saugen sie die Rückstände von Chemikalien und Pestiziden aus dem Wasser. Und weil sie so klein sind wie Plankton, der Nahrungsgrundlage aller Meerestiere, wird dieser plastifizierte Giftcocktail gefressen und gelangt so in die Nahrungskette auch von uns Menschen.

Eine Wegwerfgesellschaft, um zum Anfang dieses Beitrages zurückzukommen, mag für die Wirtschaft profitabel sein, kein Zweifel. Der Planet hingegen, unsere Mutter Erde, von der wir besorgte Bewohner, wie auch bereits erwähnt, respektvoll sprechen, erstickt langsam aber sicher unter einem Haufen Müll.

Plastik - Alles Plastik, oder was? Muss das wirklich sein?

...und sie mögen es so gerne, weil es ihnen so ähnelt, dieses Plastik.

Frank Bertemes

De Gëftzweg am Signal

## Verkehrte Politik?

„Wie es nichts Törichtereres gibt als unzeitige Weisheit, so gibt es auch nichts Unverständigeres als übel angebrachte Klugheit. Es ist wirklich eine grobe Verkehrtheit...“ Erasmus von Rotterdam (Niederländischer Humanist: \*1466-†1536).

Es ist immer wieder erstaunlich, ja bedenklich, wie sich gewisse uneinsichtige und ewiggestrige Zeitgenossen konservativer Denkweise auch zum Thema Verkehrspolitik im Allgemeinen und zum (für sie) Reizthema „Tram“ im Besonderen in die öffentliche Debatte einbringen. Paradebeispiel: ein fast schon bedauerlicher Leitartikel in der Zeitung mit zweifelhafter Einstellung zu „Wahrheit und Recht“, dem (un)freiwilligen Sprachrohr aller Tramgegner. So ereiferte sich ein Redakteur des

LW und äußerte sein Unverständnis an der Festhaltung der Regierung am Tram-Projekt. Ein Dauerbrenner, ein Zukunftsprojekt mit Qualität, das an sich schon aufgrund der jahrelangen Diskussion, die anscheinend von ewiggestrigen und uneinsichtigen Kreisen noch weiter ausgesetzt werden soll und die Gemüter wohl weiterhin anzuheizen droht. Ein mehr als bedauerlicher Umstand besonders in Zeiten, in denen der Verkehrskollaps auf unseren Straßen im Alltagsverkehr immer näher rückt. Noch bedenkllicher allerdings ist, wenn die Vertreter des Automobils via christliche Redaktionsstube sich auch noch ereifern, sich darüber aufregen, wenn die Regierung viele „wichtige“ (Zitat LW) Straßenbauprojekte (endlich!) auf Eis legt. Das beweist, dass gewisse Kreise in diesem Marienland ganz einfach rein gar nichts hinzulernen haben und scheinbar immer

noch nicht einsehen, dass immer mehr Straßen nur immer mehr Verkehr bedeuten. Ein bis heuer gültiges Nebeneinander mit deutlicher Priorität für das Automobil geht einfach nicht mehr. Prioritäten müssen gesetzt werden, wobei der öffentliche Personennahverkehr mit Bahn, Tram und Bus im Zubringerdienst zu ebendiesen Bahnen als Nebenverkehrsträger die absolute Zukunft sein muss. Ohne Wenn und Aber. Die Tram in der Hauptstadt, die endlich kommt, erlaubt nicht nur eine deutliche Qualitätssteigerung in puncto Hauptverkehrsträger auf dem Gebiet der Hauptstadt und später dann auch im direkten Einzugsgebiet derselben, sondern auch eine Steigerung der Lebensqualität (Stichwort Luftverschmutzung) und nicht zu vergessen die neuen Möglichkeiten der bis jetzt wenig diskutierten urbanistischen Aspekte in der Gesamtdiskussion.

Damit ist auch verkehrspolitisch gesehen ergänzend der Langsamverkehr als zusätzliches Plus für das städtische Zusammenleben ein wichtiger Bestandteil. Sehen wir das Ganze doch endlich positiv. Wer kann denn etwas gegen ein neues Verkehrsbild unserer herrlichen Hauptstadt haben, in der man sich in Ruhe und doch sehr schnell bewegen kann und für die ein modernes und dem Stadtleben der Zukunft würdiges öffentliches Verkehrsnetz mit funktionierender Symbiose aller öffentlichen Verkehrsträger ein riesiger Gewinn sein wird?

Wohl doch nur konservativ uneinsichtige Kleingeister ewiggestriger Denkweise.

Armselig!

Franky-  
de Gëftzweg

### Le Signal

Organ des FNCTTFEL-Landesverbandes

**Herausgeber:**  
FNCTTFEL-Landesverband

**Verantwortlich für den Inhalt:**  
Carlo Thissen, Generalsekretär

63, rue de Bonnevoie -  
L-1260 Luxembourg -  
Tél.: 48 70 44-1  
Fax: 48 85 25  
www.landesverband.lu  
secretariat@landesverband.lu

**Redaktion:**  
Jean-Claude Thümmel,  
Frank Gilbertz  
**Koordination:**  
Monique Rommes

**E-mail:**  
lesignal@landesverband.lu

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen.

Die gezeichneten Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion und des Landesverbandes dar. Kürzungen der Beiträge behält sich die Redaktion vor.

**Abonnement:**  
Für alle Mitglieder ist das Abonnement im Mitgliederbeitrag enthalten.

Nichtmitglieder können "Le Signal" über die Redaktion bestellen.

Jahresabonnement: 25 Euro

**Gestaltung und Umbruch:**  
Espace Médias S.A. /  
Polygraphic Communication

**Versand:**  
POLYPRINT SA  
Esch/Alzette  
Tel.: 54 13 82  
Fax: 54 13 87